MITGLIEDERZEITUNG DER IG METALL | JAHRGANG 60 | NR. 4 | APRIL 2008 | D 4713

metallzeitung

FÜR ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT | WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL SEITE 4
Kfz-Handwerk im Ausnahmezustand

LEBEN SEITE 18
Urlaubsangebote für Mitglieder

ARBEIT SEITE 24
Mach' mal öfters eine kleine Pause

BEZIRK SEITE 28

GLEICHE ARBEIT?

GLEICHES GELD!

Leiharbeit fair gestalten.

INHALT

THEMEN IM HEFT



LEIHARBEIT FAIR GESTALTEN

Die Zahl der Leiharbeiter hat in den vergangenen Jahren rasant zugenommen. Allein in der Metall- und Elektroindustrie stieg ihre Zahl im vergangenen Jahr um 40 000. Damit etabliert sich in den Betrieben ein Niedriglohnsektor mit schlechteren Arbeitsbedingungen. Und der Druck auf die Stammbelegschaft wächst. Für den Zweiten Vorsitzenden der IG Metall, Detlef Wetzel, ist klar: »Es darf keine Beschäftigten erster und zweiter Klasse geben.« Deshalb fordert die Gewerkschaft: »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld«.
SEITE 10 BIS 13



Foto: Manfred Vollmer

Warnstreiks bei Kfz-Werkstätten

Die Arbeitgeber wollen den Kfz-Handwerkern ans Geld und an die Arbeitsbedingungen. Die lassen sich das nicht gefallen. **SEITE 4**



Foto: Thomas Range

Sauber Waschen mit Tarif

Unter den Wäschereien gibt es viel zu viele Billiganbieter, die Hungerlöhne zahlen. Mindestlöhne könnten helfen. **SEITE 14 UND 15**



Foto: www.bilderbox.de

Biosprit kommt teuer

Die Pläne der Bundesregierung, dem Benzin mehr Biosprit beizumischen, sind schlecht für die Geldbörse und die Umwelt. **SEITE 25**

SERVICE **Für Mitglieder der IG Metall**

Fußball-Karten zu gewinnen

Die IG Metall-Servicegesellschaft verlost zwei VIP-DFB-Pokal-Endspielkarten für den 19. April in Berlin. **Teilnahmebedingungen:** Bitte bis zum 10. April 2008 einen Vorschlag machen, welche Sportart die IG Metall-Servicegesellschaft ins Programm aufnehmen sollte und per Postkarte an: Servicegesellschaft mbH für Mitglieder der IG Metall, Wilhelm-Leuschner-Straße 83, 60329 Frankfurt. Oder per E-Mail an: info@igmservice.de Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Foto: Gernot Krautberger / bildmaschine.de

IMPRESSUM **metallzeitung, die Mitglieder-Zeitung der IG Metall**

Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzel, Bertin Eichler

Anschrift:
Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069–66 93-26 33
Fax 0 69–66 93-2000
E-Mail:
metallzeitung@igmetall.de

Redaktionsleiterin:
Susanne Rohmund (verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Chefredakteurin:
Susanne Rohmund

Redaktion:
Fritz Arndt, Dirk Erb, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat:
Birgit Büchner/Marion Brunsfeld
Internet:
www.igmetall.de

Anzeigen:
Patricia Schledz
Telefon 061 51–81 27-200,
Fax 0 61 51–89 30 98
E-Mail: schledz@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069–66 93-22 24,
Fax 0 69–66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metallzeitung erscheint monatlich (zwölf Mal im Jahr). Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Bayern und Baden-Württemberg stammt.

Druck: apm AG, Darmstadt.

Für Sehbehinderte: Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: metallzeitung gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

ALLES AUF EINEN BLICK

AKTUELL

4 **Tarifkonflikt im Kfz-Handwerk**
Metaller wehren sich gegen die Pläne der Arbeitgeber.

5 **Nach den Landtagswahlen**
IG Metall sucht weiterhin den Dialog mit allen Parteien.

6 **Continental-Proteste**
Continental will 2000 Arbeitsplätze vernichten.

7 **Ausbildungsquote**
Belohnung, selbst wenn weniger ausgebildet wird.

8 **Interview**
Hans-Jürgen Urban über den Zustand des Rentensystems.

9 **Pflaume des Monats**
Agenda 2010.

TITEL

10 **Leiharbeit**
»Gleiche Arbeit – Gleiches Geld« für Leiharbeiter, dafür kämpft die IG Metall.

REPORTAGE

14 **Wäschereien**
IG Metall und Arbeitgeberverband Intex fordern gemeinsam Mindestlöhne.

LEBEN

16 **Leserbriefe/Leserfoto**

17 **Porträt**
Zu Besuch bei Musiker Michael Upritchard.

18 **Ferienanbieter**
Raus aus dem Alltag – Angebote für Mitglieder.

19 **Was mich beschäftigt …**
Globalisierungskritiker Peter Hosse über Vermummung.

20 **Guter Rat**
Kündigung sofort der Arbeitsagentur melden.

21 **Rätsel**
Erster Preis: Urlaub auf der Ostsee-Insel Fehmarn.

ARBEIT

22 **Da geht was**
Metaller bei Faurecia können die Audi-Bänder stoppen.

23 **Die gute Idee**
Bei der IG Metall gibt es ein Eltern-Kind-Arbeitszimmer.

24 **Unsere Tipps**
Pausen helfen gegen Stress.

25 **So geht es besser**
Vertrauensleute bei Wiederholt werden geschult.

25 **Auf dem Prüfstand**
Biosprit – schlecht für Geldbörse und Umwelt?

26 **Ökonomie mal anders**
Rudolf Zwiener über die Profiteure des Aufschwungs.

27 **Von A bis Z – das Stichwort**
Volkswagen-Gesetz.

BEZIRK / LOKALES

28 **Aus den Bezirken**

30 **Lokales / Karikatur**



Foto: Thorsten Lang / dpa / pa

Werbeaktion: Eine Reise nach Frankfurt wird verlost
Bei der Aktion »Mitglieder werben Leiharbeiter« gibt es eine Reise und ein Treffen mit den Vorsitzenden der IG Metall zu gewinnen. **SEITE 13**

EDITORIAL

LEIHARBEIT



Foto: Jens Braune del Angel

Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, über die neue Kampagne Leiharbeit.

Wir kämpfen für »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld«

Gemeinsam mit den Beschäftigten werden wir Leiharbeit zum Thema machen und in den Konflikt mit dem Arbeitgeber treten.

»In unserer Industrie wäre es nicht vorstellbar, dass in einem Unternehmen für die gleiche Arbeit unterschiedliche Tariflösungen gelten«, sagte Martin Kannegiesser, der Präsident von Gesamtmetall, im Rahmen der Tarifauseinandersetzung bei der Deutschen Bahn.

Die Wahrheit sieht anders aus. In den Betrieben gibt es längst zwei Welten. Weil die Arbeitgeber immer mehr Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter beschäftigen ist ein Niedriglohnsektor mit schlechteren Bedingungen entstanden. Für die gleiche Arbeit verdienen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter im Durchschnitt 30 bis 40 Prozent weniger als die Stammbelegschaften; sie haben kürzere Kündigungsfristen, einen geringeren Urlaubsanspruch sowie ein geringeres Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Mit diesem Missbrauch und mit dieser Ungerechtigkeit muss endlich Schluss sein. Denn die dauerhafte Verankerung von schlechteren Arbeitsbedingungen drückt die Standards für alle und verunsichert die gesamte Belegschaft.

Deshalb handelt die IG Metall: Am 1. März hat sie eine bundesweite Kampagne für die faire Gestaltung von Leiharbeit gestartet. Diese Kampagne setzt dort an, wo wir am stärksten sind: in den Einsatzbetrieben. Dort haben wir Strukturen, auf die wir zurückgreifen können: Betriebsräte, Vertrauensleute, Jugend- und Auszubildendenvertretungen. Gemeinsam mit allen Beschäftigten werden wir Leiharbeit zu einem aktiven Thema im Betrieb machen und offensiv in den Konflikt mit dem Arbeitgeber treten.

Unsere zentrale Forderung dabei lautet: »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld«. Dass dieser Weg erfolgreich ist, zeigen die vielen guten betrieblichen Vereinbarungen, die »Equal Pay«, also die gleiche Bezahlung von Stamm- und Leiharbeitsbeschäftigten, beinhalten oder erste Schritte auf diesem Weg bedeuten.



TARIFSTREIT IM KFZ-HANDWERK

Die Zeichen stehen auf Sturm

In Nordrhein-Westfalen und Hamburg gingen Mitte März tausende Metallerinnen und Metaller aus Autohäusern und Kfz-Werkstätten auf die Straße. Sie wollen fünf Prozent mehr Geld. Und sie laufen gegen die Pläne der Arbeitgeber Sturm. Die wollen die Arbeitszeit unentgeltlich verlängern. Die Zeichen im Kfz-Handwerk stehen auf Streik.

Den Startschuss gab eine Aktionskonferenz am 8. März in Essen. 1200 Teilnehmer kamen. Mitte März ging es weiter: Allein in Nordrhein-Westfalen waren dann weit über 8000 Beschäftigte aus 220 Kfz-Betrieben im Warnstreik. Sie alle demonstrierten für fünf Prozent mehr Geld und gegen die von den Arbeitgebern geforderte Rückkehr zur 40-Stunden-Woche. Die Verhandlungen waren Ende Februar unterbrochen worden, weil die Arbeitgeber auf ihrem Crash-Kurs beharrten.

Die Arbeitgeber wollen die Arbeitszeit um bis zu fünf Stunden verlängern – unentgeltlich. Damit würden die Einkommen um bis zu 14,3 Prozent gekürzt und tausende Arbeitsplätze gefährdet. Für die IG Metall in NRW ist das nicht verhandelbar. Verhandlungsleiter Werner Birkhahn: »Wir sind keine Arbeitsplatzvernichter.« Sollte es im April zu keiner Lösung am Verhandlungstisch kommen, stehen im Mai Urabstimmung und Streik an – 15 Jahre nach dem letzten Arbeitskampf im Kfz-Handwerk. Damals wollten die Arbeitgeber die 38,5-Stunden-Woche knacken. Nach zweieinhalb Wochen einigten sich die Tarifparteien auf eine Arbeitszeit-Staffelung nach Alter.

Auch in Hamburger Autohäusern und Werkstätten gingen Metallerinnen und Metaller Mitte März auf die Straße. Rund 1000 Gewerkschafter fuhren in einem Autocorso durch die Stadt, an dem sich 250 Fahrzeuge beteiligten.

»Die Beschäftigten des Hamburger Kfz-Handwerks verwehren sich gegen den brutalen Griff in ihre Taschen«, sagte IG Metall-Verhandlungsführer Friedhelm Ahrens. Die Abschlusskundgebung gab es bei der Krüll Motor-Company. Die Firma hat bereits Ende 2005 ihre Tarifbindung beendet und will jetzt kräftig zulangen: Nur noch 25 Tage Urlaub, kein Weihnachts- und Urlaubsgeld, wöchentlich 6,5 Stunden zusätzliche Arbeitszeit – ohne Entgelt, zehn Prozent weniger Geld. Unterm Strich würde ein Mechaniker damit um rund 11 000 Euro jährlich gebracht.

In Baden-Württemberg haben Anfang März rund 2500 Kfz-Beschäftigte bei betrieblichen Aktionen mitgemacht. Das Ergebnis der Verhandlungen mit der umstrittenen »Tarifgemeinschaft« stand bei Redaktionsschluss noch aus. ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

- **www.nrw.igmetall.de**
- **www.igmetall.küste.de**

ERSTER TARIFABSCHLUSS IN HESSEN

IG Metall und das Hessische Kfz-Handwerk haben sich auf einen Tarifabschluss geeinigt. Er bringt den 40 000 Beschäftigten in den hessischen Autohäusern und Werkstätten in den nächsten 26 Monaten insgesamt 6,5 Prozent mehr Geld. Die Lohnerhöhung erfolgt in drei Stufen: Am 1. April erhalten die Beschäftigten 2,5 Prozent mehr, am 1. Dezember kommen weitere zwei und ein Jahr später noch einmal zwei Prozent obendrauf. IG Metall-Verhandlungsführer Jürgen Leydecker: »Der Abschluss zeigt, dass wir auch in schwieriger Zeit vernünftige Abschlüsse durchsetzen können.«

Foto: Manfred Vollmer



Warnsteik bei der Mercedes Benz Niederlassung Rhein-Ruhr in Duisburg. Die Beschäftigten wehren sich gegen längere Arbeitszeiten.



Foto: Frank May / dpa / pa

Nach der Wahl steht nicht nur die SPD in Hessen Kopf: Wie geht es weiter?

Deutschland hat gewählt

Die jüngsten Landtagswahlen haben das Parteiensystem verändert. Die IG Metall will weiter mit allen Parteien sprechen.

Themen wie »Gute Bildung«, »Mindestlohn« und »Prekäre Beschäftigung« spielten in den Wahlkämpfen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg eine große Rolle. Die IG Metall bewertet das positiv. »Unsere Themen stehen auf der politischen Agenda und bei der Bevölkerung ganz oben. Die politischen Bedingungen für die Durchsetzung unserer sozialen Forderungen haben sich verbessert«, sagt Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall.

Die Abgrenzungen und Aufregungen zwischen den Parteien beschäftigen die IG Metall aber weniger als die Ergebnisse der Landtagswahlen: In Deutschland gibt es eine Mehrheit für eine demokratische und soziale Politik, aber keine linke Mehrheit.

Umfragen zeigen zwar: Die Mehrheit der Menschen will, dass es in Deutschland gerechter und fairer zugeht. Und die Menschen wollen, dass Arbeit sie nicht in Armut führt, sondern sie davon gut leben können. »Dies zu wollen, bedeutet aber noch nicht, dass es eine linke Mehrheit gibt, die gestalten kann«, sagt Huber. Seine Empfehlung: »Wir dürfen die parteipolitischen Differenzen und Machtspiele nicht in unserer IG Metall aufnehmen.«

Die IG Metall als Einheitsgewerkschaft erwartet von allen Parteien, dass sie die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung vertreten. Huber: »Und wir sind bereit, mit allen demokratischen Parteien darüber zu sprechen.« ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

Aus der VW-Affäre lernen

IG Metall entwickelt neue Leitlinien für gute Betriebsratsarbeit.

Die Korruptionsaffäre bei Volkswagen hat auch bei der IG Metall Konsequenzen: Derzeit werden in Frankfurt neue Leitlinien für gute Betriebsratsarbeit entwickelt, an denen sich Betriebsräte künftig orientieren müssen.

»Keine gesellschaftliche Kraft ist davor gefeit, auch Gauner in ihren Reihen zu haben«, kommentierte der Erste Vorsitzende Berthold Huber die Verurteilung des ehemaligen VW-Betriebsratsvorsitzenden und ehemaligen Metallers Klaus Volkert. »Ich will Volkert nicht verteidigen, aber es hat doch einen Beigeschmack, dass Volkert als einziger zu mehr als zwei Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt wird und die Lenker des Systems viel besser davon kommen.« **sro**

Ökologisch hui, aber sozial pfui

Völlig durch den Wind: Die Firma Enercon in Magdeburg muss sich auf eine Strafanzeige der IG Metall einstellen – wegen Behinderung von Betriebsratswahlen.

Enercon ist zwar ökologisch, innovativ und weltweit erfolgreich mit seinen Windenergieanlagen, die rund 3000 Beschäftigte herstellen. Aber die soziale Kompetenz ist gleich null. Drei Anläufe gab es, in verschiedenen Bereichen Betriebsräte zu gründen. Jedes Mal schafften leitende Angestellte es, die Wahl durch Störmanöver zu verhindern. Jüngster Fall: Im März kamen rund 400 Beschäftigte aus der Rotorblattfertigung zu einer Betriebsversammlung, um einen Wahlvorstand zu wählen. Entgegen der Absprache stellte die Firma kein Mikrofon.

Und um die Belegschaft einzuschüchtern, marschierten der Geschäftsführer mit den leitenden Angestellten auf, um deutlich zu machen, dass sie keinen Betriebsrat wollen. Dass sie kein Anwesenheits- und Rederecht hatten, hinderte sie nicht daran zu bleiben.

Der Landeswirtschaftsminister, Reiner Haseloff, zeichnete den Chef von Enercon, Alois Wobben, übrigens als Unternehmer des Monats aus. **syk**

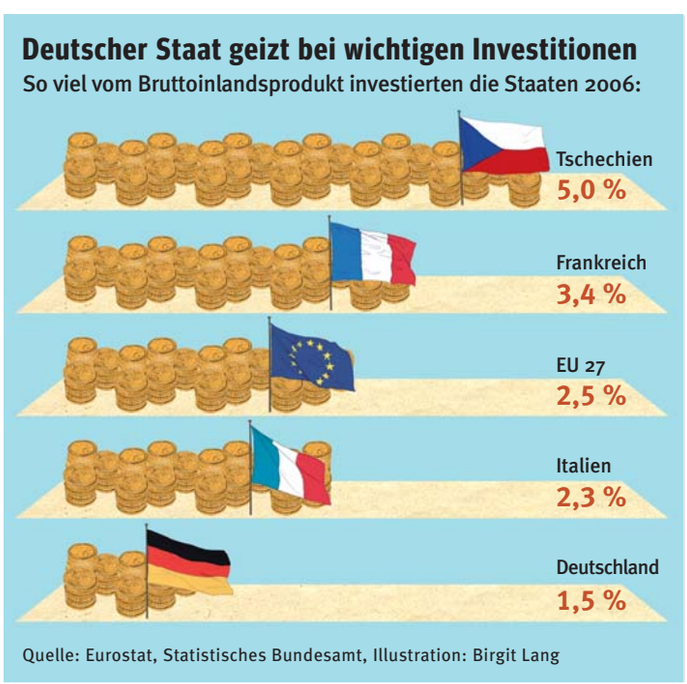
Wem nützen weniger Steuern?

Deutschland investiert zu wenig in die Zukunft der Wirtschaft.

Die Arbeitgeber haben die Tarifrunden dieses Jahr mit einem neuen Argument belebt: Die Arbeitnehmer brauchen mehr Geld, sagen sie, aber nicht durch höhere Entgelte, sondern Steuern und Lohnnebenkosten müssen sinken.

IG Metall-Vorstandsmitglied Wolfgang Rhode hat die neue »Arbeitnehmerfreundlichkeit« als »populistisch« entlarvt. Was die Arbeitnehmer bei den Sozialabgaben sparten, fehle ihnen, wenn sie krank, arbeitslos werden oder in Rente gehen.

Außerdem müsse der Staat dringend mehr investieren, zum Beispiel in die Bildung. Weil das wichtig für die Zukunftschancen einer Volkswirtschaft ist. Aber leider da liegt Deutschland im europäischen Vergleich ganz weit hinten. **syk**



CONTINENTAL-BESCHÄFTIGTE GEGEN ARBEITSPLATZVERNICHTUNG

»Wir werden nicht tatenlos zuschauen«

Der neue Besitzer von Siemens-VDO, die Firma Continental, will bundesweit 2000 Arbeitsplätze vernichten. In Wetzlar sollen Produktion, Verkauf und Service eingestellt und 450 Beschäftigte auf die Straße gesetzt werden. Die Beschäftigten wehren sich gegen das Streichkonzert. Von allen Standorten kommt solidarische Unterstützung.

Während einer Betriebsversammlung auf dem Firmenhof protestierten Ende Februar über 300 Beschäftigte. Dass die Geschäftsleitung die Versammlung verhindern wollte und den Teilnehmern mit Konsequenzen drohte, hat niemand interessiert. »Wir werden nicht tatenlos dasitzen und zuschauen, wie 450 Kolleginnen und Kollegen ihren Job verlieren«, kündigte Betriebsratsvorsitzende Margit Fischer energisch an.

Tatsächlich ist der Standort Wetzlar, an dem Autoradios und Navigationsgeräte produziert werden, hochprofitabel. Nach Angaben des Betriebsrats liegen die Gewinne bei über zehn Prozent. Doch der Continental-Geschäftsleitung reicht dieses tolle Ergebnis noch nicht. Folglich soll das Werk geopfert und die Autoradios im tschechischen Brandys produziert werden.

Doch für Continental kann die Jagd nach Höchstprofiten noch teuer werden. Aus allen Continental-Standorten erfahren die Wetzlarer Solidarität. So nahmen an der Betriebsversammlung Ende Februar auch der Gesamtbetriebsrat (GBR) und Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat teil.

Der GBR-Vorsitzende Hans Fischl erinnerte die Wetzlarer daran: »Das ist Euer Werk, ihr habt es aufgebaut und nicht Continental-Chef Wennemer.« Zuvor hatten GBR und IG Metall in einer »Erklärung« Wennemers Planung als »wirtschaftlich unsinnig« kritisiert. Denn: Wer Aktionärsinteressen zum alleinigen Maßstab der Unternehmenspolitik mache, habe mit »erheblichem Widerstand« zu rechnen.

Betriebsräte und die IG Metall haben Continental aufgefordert, ihre Umstrukturierungen »unter Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen« zu gestalten. ■

Fritz.Arndt@igmetall.de



Foto: Alois Kösters / Wetzlarer Neue Zeitung

Auf der Betriebsversammlung in Wetzlar, Ende Februar, kündigen die Continental-Beschäftigten Widerstand an.

Billiglohn-Firmen freuen sich über Richterspruch – aber wie lange?

Gewerkschaften sehen im Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts keine Gefahr für allgemein verbindlichen tariflichen Mindestlohn.

Aus für den Mindestlohn? Nachdem das Berliner Verwaltungsgericht geurteilt hat, der staatlich festgelegte Post-Mindestlohn sei rechtswidrig, wittern die Gegner von Mindestlöhnen in der Wirtschaft wieder Morgenluft. Die Gewerkschaften sehen das Urteil gelassen.

Nach Auffassung der Richter hätte der Mindestlohn nicht auf die privaten Konkurrenten der Post ausgedehnt werden dürfen, weil sie Tarifverträge hatten. Das verstoße gegen die Tarifautonomie. Der Bundesarbeitsminister legte jedoch sofort gegen das Urteil Berufung ein. Wie die Gewerkschaftsexperten geht er davon aus, dass das Urteil in den nächsten Instanzen wieder gekippt wird.

Für die Frage, ob es bald einen Mindestlohn in der Leiharbeit und in Wäschereien gibt, spielt der Richterspruch aus Berlin rechtlich ohnehin keine Rolle. Denn über sie wird nach einem geänderten Entsendegesetz entschieden. In Zukunft kommt es darauf an, dass der Tarifvertrag für mindestens 50 Prozent der Beschäftigten in der Branche gilt. Splittergruppen, die Dumping-Tarifverträge abschließen, haben da keine Chance. **syk**

FREIEN FALL STOPPEN

■ 66,3 Prozent der Arbeitgeber sind für gesetzlichen Mindestlohn – so eine Umfrage unter Berliner Handwerksbetrieben im Auftrag der Handwerkskammer. Auch die Gewerkschaften fordern eine untere Lohngrenze per Gesetz.

Geld für weniger Lehrstellen

Die Bundesregierung will ausbildende Betriebe selbst dann belohnen, wenn sie die Ausbildungsquote zurückfahren.



Foto:Rupert Oberhaeuser / Caro Fotoagentur

Essener Schülerinnen und Schüler suchen im Berufsinformationszentrum der Agentur für Arbeit nach Lehrstellen. Fündig werden nur wenige.

Mit dem »Gesetz zur Verbesserung der Ausbildungschancen förderungsbedürftiger junger Menschen« will die Bundesregierung Betriebe fördern, die zusätzlich Altbewerber ausbilden. Auf diese Weise sollen in den nächsten drei Jahren 100 000 zusätzlich Lehrstellen entstehen.

Bezahlen soll die Bundesagentur für Arbeit – obwohl das Bundesverfassungsgericht bereits 1980 bestätigt hat, dass die Wirtschaft die Ausbildung verantwortet und folglich auch finanzieren muss. Jetzt dürften sich vor allem die Arbeitgeber die Hände reiben. Denn die staatlichen Boni sollen bereits fließen, wenn am Jahresende mehr ausgebildet wird als im Durchschnitt der vergangenen drei Jahre. Regina Görner, im IG Metall-Vorstand für Berufsbildung zuständig, befürchtet »erhebliche Mitnahmeeffekte«. So könnten Betriebe Ende 2008 für fast 42 000 Auszubildende Fördergelder kassieren – obwohl nicht ein einziger Azubi zusätzlich ausgebildet wird. Regina Görner: »Im Extremfall könnten sogar weniger Ausbildungsplätze als 2007 angeboten und trotzdem Ausbildungsboni gewährt werden.«

Die IG Metall fordert veränderte Förderkriterien: Zuschüsse soll es nur für die Betriebe geben, deren Ausbildungsquote den Höchstwert der drei vergangenen Jahre übersteigt. ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

Nazi-Hasstirade gegen IG Metall

NPD tritt nach gegen VW-Antifa-Aktion zur Niedersachsen-Wahl.

Nach einer Aktion der VW-Gesamtjugendvertretung gegen die NPD in Wolfsburg hat der Niedersächsische NPD-Chef Andreas Molau einen Hassbrief gegen die IG Metall veröffentlicht. Der Brief wurde auch mit einem Film hinterlegt ins Internet gestellt. Der Bevollmächtigte der IG Metall Wolfsburg Frank Patta wird dort als »Bonze« diffamiert, der auf Lustreisen »Zwangsbeiträge« verjubelt. Die 3500 IG Metall-Jugendlichen auf der Kundgebung seien »zwangsrekrutiert«. Vollmundig wurden weitere NPD-Aktionen bei VW angekündigt. »Wir haben extra Papierkörbe für braunen Müll an den Werkstoren aufgestellt«, sagt der VW-Gesamtjugendvertreter Gürol Ergül. »Doch da kam gar nichts mehr. Die trauen sich nicht. Seit der Wahl sind die weg.« **de**

Bosse bei Boss kuschen vor Finanzinvestor

Die »Heuschrecken«-Debatte um Finanzinvestoren, die gesunde Unternehmen ausnehmen, könnte neues Futter bekommen. Die britische Beteiligungsgesellschaft setzte beim Modehersteller Hugo Boss im Aufsichtsrat eine Sonderdividende von fast 450 Millionen Euro durch. Die Arbeitnehmervertreter stimmten geschlossen dagegen. Sie befürchten ein Ausbluten auf Raten der Hugo Boss AG durch Permira. Dieser versuche wie viele andere Finanzinvestoren, seine Finanzierungskosten auf die Boss AG abzuwälzen, teilt die IG Metall Reutlingen mit. Laut »Handelsblatt« entspricht die Dividende dem dreifachen des Jahresumsatzes. Außerdem führe die Ausschüttung zu einer höheren Nettoverschuldung. Zuvor hatten die Arbeitnehmervertreter versucht, eine Standortsicherung für Boss in Metzingen auszuhandeln. Sie drängten auf die Festlegung einer Eigenkapitalquote, damit Permira nicht jedes Jahr Geld aus dem Unternehmen ziehen könnte. Daran scheiterte zuletzt eine Einigung zwischen den Parteien. **fam**

Vereinbarkeit oft nur Sonntagsrede

DGB-Index »Gute Arbeit« zeigt Mängel bei der Vereinbarkeit. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Arbeits- und Privatleben kennen viele Menschen noch immer nicht. Nach einer Sonderauswertung des DGB-Index »Gute Arbeit« klagen 42 Prozent der Befragten, dass sie erhebliche Probleme haben, Berufliches und Privates ins Gleichgewicht zu bringen. Störfaktoren sind lange Arbeitszeiten und Stress. Nur jeder Dritte gab an, sein Arbeitgeber berücksichtige ausreichend familiäre Belange. Helga Schwitzer, vom geschäftsführenden Vorstand der IG Metall, bezeichnet deshalb einige Bekenntnisse zur Familienfreundlichkeit als reine Sonntagsreden. »In künftigen Tarifrunden wird sich zeigen, wie ernst es die Arbeitgeber mit der Familienfreundlichkeit von Montag bis Freitag meinen.« **fam**

Mehr über den DGB-Index »Gute Arbeit« im Internet unter:
▸ **www.dgb.de**
→DGB-Index »Gute Arbeit«

Immer fair bleiben – auch bei Arbeitsrechten



Fair Play fordert die Kampagne für saubere Kleidung auch für die Näherinnen in den Zulieferbetrieben der großen Sportartikelhersteller.

In diesem Jahr stehen zwei große Sportereignisse an: Die Fußball-Europameisterschaft und Olympia in Peking.

Die Kampagne für saubere Kleidung nimmt das Sportjahr 2008 zum Anlass, um sich für bessere Arbeitsbedingungen bei den Zulieferern großer Sportartikelhersteller einzusetzen. Dazu lädt sie vom 6. bis 8. Mai zu einem Aktionsseminar in Nürnberg ein. Die Teilnehmer werden am zweiten Seminartag mit Aktionen vor der Adidas-Hauptversammlung in Fürth auf ihre Forderungen aufmerksam machen. **fam**

Anmeldungen über:
▸ **www.ci-romero.de**

IN KÜRZE

Erfolg für MetallRente

»MetallRente ist heute das mit Abstand wachstumsstärkste Versorgungswerk in Deutschland«, kommentierte Heribert Karch, Geschäftsführer von MetallRente, die jüngsten Zahlen des Versorgungswerks der Metall- und Elektroindustrie für 2007. Mit den höchsten Zuwachsraten seit seiner Gründung liegt MetallRente deutlich vor dem übrigen Markt der betrieblichen Altersversorgung in Deutschland. 57 000 Neuverträge in der kapitalgedeckten zusätzlichen Altersvorsorge verzeichnet MetallRente für 2007, 43 Prozent mehr als im Jahr zuvor.
▸ **www.metallrente.de**

Was ist ein Kapitalist?

Eine Hamburger Unternehmensgruppe fühlte sich durch einen Bericht im Internetportal »Labournet« beleidigt. Die Redaktion hatte einen anonymen Bericht veröffentlicht, in dem es um rigorose Sparmaßnahmen bei den Beschäftigten ging. Anstoß nahm die Geschäftsleitung unter anderem an dem Wörtchen »Kapitalist«. Weil sie solch üble Nachrede nicht auf sich sitzen lassen wollte, zog sie vor Gericht. Dort dürfen sich nun Juristen mit der Frage beschäftigen, ob »Kapitalist« eine Beleidigung ist.
▸ **www.labournet.de**

Wenig Lust auf Technik

Junge Frauen machen bei der Berufswahl um Technik nach wie vor einen großen Bogen. Unter den Top Ten der Berufe, die von Schulabgängerinnen am häufigsten gewählt werden, fanden sich auch 2007 ausschließlich Berufe aus dem kaufmännischen und dem Dienstleistungsbereich. Mehr Lust auf Technik will der »Girls' Day« auch in diesem Jahr Schülerinnen der Klassen 5 bis 10 machen. Am 24. April laden Betriebe und Werkstätten Mädchen und junge Frauen ein, sich selbst ein Bild von der Technik und typischen »Männerberufen« zu machen.
▸ **www.girls-day.de**

INTERVIEW

»Die Rente zu verteidigen, reicht nicht mehr aus«

Altersarmut ist ein Problem, das künftig immer mehr Menschen treffen wird, sagt geschäftsführendes IG Metall-Vorstandmitglied Hans-Jürgen Urban, zuständig für Sozialpolitik. Der Grund: die Gesetzesänderungen der vergangenen Jahre. Nun ist es höchste Zeit, zu handeln.

metallzeitung: Das Thema »Altersarmut« rückt stärker in den Mittelpunkt sozialpolitischer Debatten. Zu Recht?
Hans-Jürgen Urban: Leider ja. In den vergangenen Jahrzehnten waren ältere Menschen weniger von Armut betroffen als andere Bevölkerungsgruppen, etwa Arbeitslose oder alleinerziehende Mütter. Das war eine beachtliche Leistung der gesetzlichen Rentenversicherung. Die rentenpolitischen Weichenstellungen der vergangenen Jahre, leider vor allem die der rot-grünen Bundesregierung, werden dazu führen, dass Altersarmut als massenhaftes Problem zurückkehrt. Das gilt, wenn nicht entschieden gegengesteuert wird.

metallzeitung: Sind Gesetzesänderungen die einzige Ursache für drohende Altersarmut?
Urban: Sie sind eine wesentliche Ursache. Hinzu kommen die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt. Sozial gesicherte Arbeitsverhältnisse nehmen ab, prekäre Arbeit nimmt zu.

DAS RENTENPROBLEM

Immer weniger zahlen ein

Die Zahl der geringfügig Beschäftigten liegt bei fast sieben Millionen, die der Leiharbeiter bei rund einer Million, rund sieben Millionen arbeiten für Niedriglöhne. Mehr als drei Millionen: arbeitslos. Die Folge des kaputten Arbeitsmarkts: Immer weniger Menschen erwerben ausreichende Ansprüche in der gesetzlichen Rentenversicherung.

metallzeitung: Was sind die Alternativen?
Urban: Es muss wieder ein akzeptables Verhältnis von Beitragsleistungen und der Rente hergestellt werden. Wenn ein Durchschnittsverdiener künftig 36 Jahre einzahlen muss, um eine Rente auf Sozialhilfeniveau zu erreichen, wird die gesetzliche Rentenversicherung weiter an Ansehen verlieren. Also: Wir brauchen einen grundlegenden Politikwechsel in der Alterssicherungspolitik.


Foto: Frank Rumpenhorst
IG Metall-Vorstandmitglied Hans-Jürgen Urban.

metallzeitung: Das heißt, eine neue Kampagne, die die gesetzliche Rentenversicherung verteidigt?
Urban: Das reicht nicht mehr. Die Rentenversicherung ist bereits so beschädigt, dass die ausschließliche Verteidigung des Ist-Zustands zu kurz springen würde. Es geht um eine grundlegende Erneuerung der Alterssicherung.
metallzeitung: Was heißt das?
Urban: Zunächst geht es um die Weiterentwicklung der heutigen Rentenversicherung zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung. Sie muss schrittweise auf alle Erwerbstätigen ausgedehnt werden und denjenigen, die ihr ganzes Leben lang eingezahlt haben, wieder den Lebensstandard sichern. Zudem müssen Ausbildungs- und Bildungszeiten sowie die Langzeitarbeitslosigkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung besser abgesichert werden. Und: Der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand muss neu geregelt werden. Die Rente mit 67 ist eine Fehlentscheidung. Sie muss weg.

metallzeitung: Und neue Regelungen her?
Urban: Ja. Die unterschiedlichen Wirklichkeiten in den Betrieben erfordern unterschiedliche Wege

in die Rente. Daher brauchen wir eine Reform der Erwerbsminderungsrente, für diejenigen, die aus Gesundheitsgründen nicht mehr können. Und wir brauchen eine neue Altersteilzeit, mit Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit sowie verbesserten rentenrechtlichen Bedingungen. Und: Unverzichtbar ist schließlich eine bessere Absicherung derer, die längere Zeit arbeitslos sind. Gerade sie brauchen Schutz vor drohender Altersarmut.

metallzeitung: Und wer soll diese Alternativen finanzieren?
Urban: Die Einbeziehung weiterer Personen in die Rentenversicherung würde zusätzliche Einnahmen bringen. Bessere Leistungen für Langzeitarbeitslose müssten aus Steuermitteln finanziert werden. Und schließlich muss das Dogma der Beitragssatzdeckelung auf den Prüfstand. Die Kürzungen der vergangenen Jahre sollten ja dazu dienen, die Beiträge und damit die Belastungen zu deckeln. Aber das funktionierte nur für die Arbeitgeber.

metallzeitung: Die Beschäftigten zahlen ja schon drauf – etwa durch Entgeltumwandlung im Betrieb oder private Riesterrente.
Urban: Die Arbeitgeber sind derzeit fein raus. Aber durch bessere Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung könnten die Arbeitnehmer die Ausgaben für private Lebens- und Rentenversicherungen senken. Sie würden trotz höherer Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung weniger für ihre Alterssicherung ausgeben müssen, weil die Arbeitgeber an der Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung beteiligt sind.

metallzeitung: Wie geht es weiter?
Urban: Der Gewerkschaftstag hat uns ins Pflichtenheft geschrieben, weiterhin gegen die Rente mit 67 und für solidarische Alternativen zu mobilisieren. Dabei hatten die Delegierten sicherlich auch die Bundestagswahl 2009 im Blick. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

Tariftreuegesetze oft nur Papier

In vielen Bundesländern gibt es Tariftreuegesetze gegen Lohndumping bei öffentlichen Aufträgen. Doch viele Unternehmen halten sich nicht daran. Und öffentliche Kontrollen gibt es kaum.

Tariftreuegesetze sollen Beschäftigte gegen Billiglöhne schützen. Insbesondere am Bau sind solche Niedriglöhne leider an der Tagesordnung. Die Idee des Gesetzes: Firmen, die öffentliche Aufträge erhalten, müssen eine Tariftreueerklärung unterschreiben.

Doch danach wird trotzdem oft unter Tarif bezahlt. »Verstöße gegen Tariftreuegesetze sind für uns leider fast normal«, sagt Frank Schmitt-Hullmann vom IG BAU-Vorstand. »Der Auftragnehmer vergibt weiter an Sub- und Sub-Subunternehmen. Am Ende kommt dann Dumping raus.« Auch das Metallhandwerk ist vom Lohndumping betroffen: »Solche Verstöße passieren ständig«, weiß Herbert Weber vom IG Metall-Ressort Handwerk.

Kontrollen gibt es kaum. Das Personal in den zuständigen Gewerbe- und Bauaufsichtsämtern, das früher sogar Aufträge nachkalkuliert hat, ist eingespart worden. Die Behörden dulden die Verstöße sogar, berichtet ein Leser der **metallzeitung**. Er selbst hat schon etliche solcher Fälle erlebt. Beispielsweise bei der mittlerweile insolventen Buderus



Foto: AIG / Helga Lade / pa

Elektriker am öffentlichen Bau: Kein Prüfer da, um Tariftreue zu kontrollieren.

Elektrobau in Hannover. »Dort haben wir beim staatlichen Baumanagement Niedersachsen nachgefragt, was denn mit Tariftreue sei.

Die haben gesagt, die könnten wegen der Kosten nur den billigsten Anbieter nehmen. Natürlich unter Tarif. Alle Behörden wüssten das, und wir sollten lieber still sein.« In Berlin und Rheinland-Pfalz gibt es bald neue, sehr weitgehende Gesetze. Doch systematische Kontrollen sind aber auch hier bislang nicht vorgesehen.

Funktionierende Kontrollen in Sachen Tariftreuegesetz gibt es derzeit nur in Hamburg. Dort macht zwar eine Tariflohn-Kontrollgruppe im Jahr etwa 500 Stichproben an Baustellen. Doch trotz der Abschreckung werden bei 40 Prozent der Kontrollen Verstöße aufgedeckt. Interessant: Die Mehrzahl der Unternehmer begrüßt die Kontrollen, betont ein Sprecher der Hamburger Bauaufsicht. »Das schützt die sauberen Unternehmen ja auch vor Schmutzkonkurrenz.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

▶ **www.igmetall.de/metallzeitung**

PFLAUME DES MONATS

Wie die kleine Agenda ihren Geburtstag feierte

Des Ex-Kanzlers Lieblingskind feierte dieser Tage Geburtstag. Fünf wurde die kleine »Agenda 2010« im März. Oder wie Papas coole Realofreunde sie auch immer gerne nannten: »Agenda Zwanzig-Zehn«. Klingt irgendwie spaciger. Leicht hatte es die Kleine ja von Anfang an nicht. Als Sturzgeburt kam sie auf die Welt und wurde von allen misstrauisch beäugt. »Wenn das nicht mal ein Kukkucksei ist?«, dachte sich so mancher und lugte skeptisch in den Kinderwagen. »Na, ja, schön ist das Kind ja nicht«, frotzelten selbst manche von Papa Schröders Parteifreunden hinter seinem Rücken. Nur sagen wollen mochten sie es dem stolzen Vater nicht. Schließlich war der arme Mann alleinerziehend. Da hatte er es doch schon schwer genug.

Wo die kleine Agenda wohl ihren Geburtstag feiert? Vielleicht geht sie mit ihren Freunden, **den Hartz-Vierlingen**, in den Zoo.

Vielleicht schaut ja auch Onkel Wolfgang vorbei und erzählt ihr noch einmal das schöne Märchen von dem Leiharbeiter, der dank Onkel Wolfgang jetzt jede Woche eine neue Betriebswelt kennenlernt. **fam**

AGENDA 2010

FAIR LEIHEN.

Gemeinsam für Gerechtigkeit – mit der IG Metall

KAMPAGNE LEIHARBEIT

Schluss mit Arbeitern erster und zweiter Klasse

Die Zahl der Leiharbeiter hat in den vergangenen Jahren rasant zugenommen. Allein in der Metall- und Elektroindustrie stieg ihre Zahl im vergangenen Jahr um 40 000. Damit etabliert sich in den Betrieben ein Niedriglohnsektor mit schlechteren Arbeitsbedingungen. Und der Druck auf die Stammbelegschaft wächst. Für den Zweiten Vorsitzenden der IG Metall, Detlef Wetzel, ist klar: »Es darf keine Beschäftigten erster und zweiter Klasse geben.« Deshalb fordert die IG Metall: »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld«.

Oft kommt es nicht vor, dass Hartmut Jahn die Worte fehlen. Doch diese Bemerkung ließ selbst den erfahrenen Betriebsrat kurz schlucken. »Streik?«, sagte der Kollege und schaute Jahn fragend an. »Das juckt doch keinen Arbeitgeber. Da holt er sich halt Leiharbeiter.« Zwar dürfen in Deutschland Leiharbeiter nicht als Streikbrecher eingesetzt werden. Doch bei vielen Beschäftigten wächst die Angst, jederzeit ersetzbar zu sein.

Seit der Gesetzgeber mit den Hartz-Reformen die Spielregeln für die Arbeitnehmerüberlassung 2004 quasi ausgesetzt hat, kletterte die Zahl der Beschäftigten auf Zeit in Deutschland Jahr für Jahr auf neue Rekordhöhen. Im vergangenen Jahr zählte das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg rund 713 000 Leiharbeiter in der Gesamtwirtschaft. Mehr als ein Viertel davon arbeiteten in der Metall- und Elektroindustrie.

Längst werden sie nach den Erfahrungen vieler Betriebsräte nicht mehr eingesetzt, um Auftragsspitzen abzubauen. Sie ersetzen auch Stammarbeitsplätze, und verdienen im Schnitt 30 bis 40 Prozent weniger als Festangestellte, kritisiert Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. »Diesem Missbrauch wollen wir einen Riegel vorschieben.« Deshalb startet die IG Metall eine Kampagne mit der Forderung »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld«.

Die rasante Beschleunigung der Leiharbeit führt Hajo Holst vor allem auf zwei Gesetzesänderungen der rot-grünen Bundesregierung und ihres damaligen Superministers Wolfgang Clement zurück. »Zum einen hat die Schröder-Regierung die Befristung abgeschafft. Leiharbeiter können seither zeitlich unbegrenzt in einem Betrieb eingesetzt werden«, sagt Holst, der am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität in Jena arbeitet und Veränderungen in der Zeitarbeit untersucht. »Zum anderen haben Verleiher seither auch die Möglichkeit, Personal nur für die Dauer eines Auftrags einzustellen.«

Für Unternehmen eröffnen sich damit ganz neue Möglichkeiten der Personalpolitik, schätzt auch Christian Iwanowski, von der Bezirksleitung der IG Metall in Nordrhein-Westfalen. »Das ist ein Arbeitgeberschutzgesetz«, schimpft Iwanowski. »Die Regelungen geben Unternehmen freie Hand, Leiharbeiter einzusetzen und wieder vor die Tür zu setzen – wie es ihnen passt und ohne jede Verpflichtung.« Das unternehmerische Risiko tragen allein die Arbeitnehmer.

Die Folgen dieser Politik: Innerhalb weniger Jahre verdoppelte sich die Zahl der Leiharbeiter. Und mit der Zahl der Leiharbeiter steigt der Druck auf Festangestellte. Das beobachtet auch Betriebsrat Jahn. Natürlich werde es meist nicht offen ausgesprochen. Aber im Hinterkopf hätten viele: »Wenn ich nicht spure, werde ich durch einen Leiharbeiter ersetzt.« Mit dem Druckmittel Leiharbeit lässt sich bei Festangestellten auch die ein oder andere Grausamkeit wie unbezahlte Mehrarbeit oder Verzicht auf übertarifliche Leistungen einfacher durchdrücken. So direkt gibt das kein Arbeitgeber zu. Doch manche Antworten, die Wissenschaftler Holst zu hören bekam, gingen in diese Richtung. Manche Betriebe sagten: »Wir setzen Leiharbeiter ein, um das Betriebsphlegma aufzubrechen.«

Was Betriebsrat Jahn oft nur spürt und aus Gesprächen mit Kollegen heraushört, kann Hajo Holst auch wissenschaftlich belegen. Leiharbeiter setzen die Stammbelegschaft in verschiedener Hinsicht unter Druck. Viele Zeitarbeitskräfte kämen hochmotiviert in den Betrieb. Sie setzen all ihre Hoffnungen darauf, vielleicht doch noch den Sprung in die Stammmannschaft zu schaffen. »Sie hauen dann oft richtig rein und verausgaben sich völlig.« Da könnten Festangestellte oft nicht mithalten. Sie müssen den Job schließlich auch in 30 Jahren noch machen. Auch die unterschiedliche Bezahlung bringt viele aus der Stammbelegschaft ins Grübeln. »Wenn zwei nebeneinander die gleiche Arbeit machen, und der Leiharbeiter bekommt weniger Geld dafür, fragen sich Festangestellte schon: ›Bin ich vielleicht ein Auslaufmodell?‹«

Doch nicht nur die Quantität hat sich verändert. Holst beobachtet auch einen qualitativen Wandel. Fast die Hälfte der Betriebe, die Leiharbeiter einsetzen, nutzt diese Form der Beschäftigung inzwischen intensiv. Das heißt: Der Anteil der Leiharbeiter an der Belegschaft beträgt dort 20 Prozent und mehr. Und: Leiharbeit ersetzt auch Stammarbeitsplätze. »In vielen Betrieben passiert das eher zeitver-

GLEICHE ARBEIT

GLEICHES GELD

Leiharbeit fair gestalten.

TITEL

setzt«, sagt Holst. »In Krisenzeiten werden Arbeitsplätze abgebaut. Geht es wieder bergauf, werden die Mannschaften einfach durch Leiharbeiter aufgestockt.« Besonders im Helferbereich machte sich Beschäftigung auf Zeit in den vergangenen fünf Jahren breit. Hier arbeitet laut Holst inzwischen auf jeder vierten Stelle eine Leiharbeitskraft.

Für Christian Iwanowski von der IG Metall in NRW bringt diese Entwicklung das Lohngefüge in den Betrieben ins Wanken. »Die Arbeitgeber versuchen hier, eine neue Tarifgruppe im Betrieb zu schaffen.« Eine, die deutlich unter den entsprechenden Tarifen der IG Metall liegt.

Mehr als 900 Euro liegen im Schnitt zwischen einem Produktionshelfer in Leiharbeit und einem vergleichbaren Kollegen aus der Stammbelegschaft. Das hat die IG Metall für ihre Kampagne »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld« ausgerechnet. »Mit unserem gewerkschaftlichen Grundverständnis ist das nicht vereinbar«, sagt Detlef Wetzel. »Beschäftigte erster und zweiter Klasse darf es nicht geben.« Wo sich Leiharbeit nicht verhindern lässt, will die IG Metall zumindest durch betriebliche oder tarifliche Vereinbarungen die Arbeitsbedingungen verbessern.

Diese Auseinandersetzung muss nach Auffassung von Jörg Weigand in den Betrieben gemeinsam geführt werden. »Paragrafen können uns zwar helfen, aber lösen können wir das Problem Leiharbeit nur mit der gesamten Belegschaft«, sagt Weigand, der beim Vorstand der IG Metall für Mitglieder und Kampagnen zuständig ist. Denn einem Trugschluss sollten weder Betriebsräte noch Stammbeschäftigte erliegen: Dem Irrglauben, dass ein gewisser Anteil an Leiharbeitern die Arbeitsplätze der Stammbelegschaft sichert. »Spätestens seit Nokia wissen wir: Je mehr Leiharbeiter, desto einfacher ist die Verlagerung«, warnt Weigand. Da spart der Arbeitgeber dann jede Menge Kosten für einen Sozialplan. Für Leiharbeiter ist er schließlich nicht zuständig. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Zur Kampagne »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld« richtete die IG Metall eine eigene Internetseite ein. Hier gibt es regelmäßig Informationen über Aktionen der Kampagne. Die Seite startet am 9. April unter:

▸ **www.gleichearbeit-gleichesgeld.de**

Weitere Informationen zu aktuellen Entwicklungen in der Leiharbeit und zu Tarifverträgen gibt es auf den Seiten der IG Metall und auf der Homepage des Leiharbeitsnetzwerks »Zoom«.

▸ **www.igmetall.de/metallzeitung**

▸ **www.igmetall-zoom.de**

Gute Gründe

Wenn Leiharbeit, dann...

- **Leiharbeit ist nicht gleich Leiharbeit.** Wo sie sich nicht verhindern lässt, muss sie zumindest einige Ansprüche erfüllen. Faire Leiharbeit heißt für die IG Metall:
- **Leiharbeiter werden nur eingesetzt**, um Auftragsspitzen abzufangen.
- **Für Leiharbeiter gilt:** gleiche Arbeit – gleiches Geld,
- **Arbeitsplätze der Stammbelegschaft** werden nicht durch Leiharbeit verdrängt.

Mitglied werden, weil...

- **Gerechtigkeit:** Die IG Metall kämpft für »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld«. Für Leiharbeiter geht es da nicht um ein paar Prozent. Für viele heißt das: fünf oder sechs Euro pro Stunde mehr.
- **Perspektive:** Die IG Metall setzt sich mit Leiharbeit auseinander. Sie will sich nicht damit abfinden, dass Arbeit auf Zeit und ohne Sicherheit ein Dauerzustand für viele Menschen wird. Leiharbeiter müssen die Chance bekommen, in eine Festanstellung zu wechseln.
- **Sicherheit:** Gerade in der Zeitarbeitsbranche werden Menschen häufig übervorteilt. Über freie Tage bestimmen nicht sie selbst, sondern ihr Arbeitgeber. Sie müssen Stundenkonten in einsatzfreien Zeiten ausgleichen, werden falsch eingruppiert oder müssen sich für eine Übernahme durch den Entleihbetrieb freikaufen lassen. Dagegen können Leiharbeitnehmer sich mit Hilfe der IG Metall wehren.
- **Gemeinschaft:** Mehr Lohn, mehr freie Zeit oder bessere Arbeitsbedingungen – das können Beschäftigte nur gemeinsam erkämpfen.

MITGLIEDER WERBEN LEIHARBEITER



Gemeinsam stark sein

Auch du bist gefragt. Auch du kannst einen Leiharbeiter als Mitglied werben, damit sie oder er gemeinsam mit der IG Metall für mehr Gerechtigkeit kämpfen kann. Denn: Nur gemeinsam sind wir stark. Nur gemeinsam können wir das Ziel der IG Metall **»Gleiche Arbeit – Gleiches Geld«** erreichen.

Wenn du im Betrieb eine Leiharbeiterin oder einen Leiharbeiter kennst, sprich sie an. Erkläre ihnen, welche Vorteile sie durch die Unterstützung der IG Metall-Betriebsräte haben. Weise sie darauf hin, dass sie mit der IG Metall eine starke Rechtschutzversicherung haben. Und kompetente Hilfe vor Ort dank der IG Metall-Verwaltungsstellen. Es gibt also viele gute Gründe, Mitglied in der IG Metall zu werden.

Alle Metaller, die Leiharbeiterinnen oder Leiharbeiter als Mitglied werben, erhalten von der Redaktion der **metallzeitung** als Dankeschön eine Kampagnen-Tasse für sich und eine Tasse für das neue IG Metall-Mitglied. Alles was ihr dafür tun müsst: Schickt das ausgefüllte Beitrittsformular der Kollegin oder des Kollegen und Eure Adresse an:



Eine Tasse für den Werber und eine für das neue Mitglied.

Redaktion **metallzeitung,**
Stichwort **»Mitglieder werben Leiharbeiter«,**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt

MITMACHEN **AN VERLOSUNG TEILNEHMEN UND GEWINNEN**

Außerdem nehmen alle Mitglieder, die bis zum 30. September Leiharbeiter geworben haben, an einer großen Verlosung teil. **Der Preis:** Eine Fahrt nach Frankfurt, inklusive einem Besuch der IG Metall-Vorstandsverwaltung, einer Bahnfahrt zweiter Klasse, einer Übernachtung und einem gemütlichen Abendessen. Während des Besuchs wirst du die Möglichkeit haben, die Vorsitzenden der IG Metall, Berthold Huber oder Detlef Wetzel, persönlich kennenzulernen. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Bruttoverdienst

Rund 900 Euro weniger im Monat verdient ein Leiharbeiter im Vergleich zu einem festangestellten Kollegen, wenn man die unterste Lohngruppe des IG Metall-Tarifs inklusive Leistungszulagen mit der untersten Lohngruppe des IGZ-Tarifs im bundesweiten Durchschnitt vergleicht. Manche Leiharbeiter verdienen sogar noch weniger. Nämlich dann, wenn sie nach den Tarifverträgen der Christlichen Gewerkschaften bezahlt werden. Sie werden teilweise mit mageren 4,80 Euro pro Stunde abgespeist.



Urlaubsgeld

Leiharbeiter haben Anspruch auf eine Sonderzahlung. Doch während sich ihre festangestellten Kollegen nach IG Metall-Tarif über 50 Prozent ihres Bruttolohns pro Urlaubstag freuen können, bekommen Arbeitnehmer auf Zeit nur eine Sonderzahlung von 150 Euro. Allerdings erst im zweiten Jahr. Im ersten Jahr als Leiharbeiter bekommen sie gar nichts.



Urlaub

Gleiche Arbeit, aber weniger Urlaub. Damit müssen viele Leiharbeiter leben. Sowohl der Manteltarifvertrag des Bundesverbands Zeitarbeit Personaldienstleistungen (BZA) als auch des Interessenverbands Deutscher Zeitarbeitsunternehmer (IGZ) gewährt Leiharbeitern insgesamt 24 Urlaubstage pro Jahr. Allerdings erst nach Ende der Probezeit. Bis dahin gilt für sie der gesetzliche Urlaub von 24 Werktagen. Das heißt: Es zählen alle Kalendertage außer Sonn- und Feiertage. Ihre festangestellten Kollegen können sich dagegen 30 Tage im Jahr erholen.

Beitrittserklärung

☐ FRAU ☐ HERR

VORNAME / NAME

STRASSE, HAUSNUMMER

PLZ, ORT

TELEFON

E-MAIL

GEBURTSDATUM

NATIONALITÄT

☐ ARBEITER/IN ☐ ANGESTELLTE/R

VERLEIHBETRIEB

EINSATZBETRIEB

MONATLICHES BRUTTOEINKOMMEN

ANGESPROCHEN DURCH

BANK

KONTONUMMER

BLZ

ABBUCHUNGSTERMIN: JEWEILS ZUM _____ DES MONATS

Ich bestätige die Angaben zu meiner Person, die der IG Metall zum Zwecke der Datenerfassung im Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle. Ich bin darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften personenbezogene Angaben über mich mit Hilfe von Computern verarbeitet. Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach Paragraf 5 der Satzung der zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1 Prozent des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich nur schriftlich mit einer Frist von 6 Wochen zum Quartalsende gegenüber der IG Metall widerrufen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

DATUM, UNTERSCHRIFT

REPORTAGE





RUINÖSER WETTBEWERB IN DER TEXTILSERVICE-BRANCHE

Zu sauberer Wäsche gehört auch ein s

Unzählige Billiganbieter tummeln sich auf dem Markt der Wäschereien. Sie treiben die Firmen in den Ruin, die noch menschenwürdige Löhne zahlen. IG Metall und der Arbeitgeberverband Intex fordern Mindestlöhne.



Hitze, Dämpfe, Lärm, üble Gerüche – und Frauen, die das den ganzen Tag aushalten müssen. Fast 180 Stunden im Monat. Und dafür erhalten sie am Ende des Monats 600 Euro netto. Das ist Arbeitsalltag in Wäschereien und Reinigungen. Selten dringt etwas nach außen über die Armutslöhne, die in vielen »Textilservice-Betrieben« gezahlt werden, über die langen Arbeitszeiten, die Schwerstarbeit, die zudem oft illegal ist. »Wenn mal jemand versucht, Missstände öffentlich zu machen, fliegt er raus.« Das ist die Erfahrung, die Hans Wettengl macht. Er muss es wissen, denn er kümmert sich beim IG Metall-Vorstand um die Branche. Selbst für Gewerkschafter ist es schwer, in Betriebe mit solchem Betriebsklima hineinzukommen und Mitglieder zu gewinnen.

Nicht alle sind so. In Bochum gibt es die Firma »cws/boco«, die zu Haniel Textile Service (HTS) gehört. Ein Haus der offenen Tür für Gewerkschafter. Wer eintritt, sieht in mehreren Hallen Frauen zwischen langen Kleiderstangen stehen und sitzen. An den Stangen sind meterweise Blaumänner aufgereiht, graue, rote und weiße Kittel, Jacken, Latzhosen, orange Warnjacken mit Reflexstreifen und dezent dunkle Anzüge mit Westen. Hier dampft und riecht nichts. Das lauteste Geräusch ist die Popmusik aus den Radios. Die Wäsche, die hier ankommt, ist schon in einer Großwäscherei in Bielefeld gewaschen worden. In Bochum wird

SAUBERE ARBEIT

Dagmar Schorn arbeitet in der Näherei bei HTS in Bochum. Sie und ihre Kolleginnen verdienen doppelt soviel wie die Arbeitnehmer mancher Schmutzkonkurrenten. Sie werden nach IG Metall-Tarif bezahlt.





Fotos: Thomas Range

Textilservice ist mehr als schmutzige Wäsche waschen. Die Frauen bei HTS in Bochum kontrollieren und bessern jeden Tag Tausende Kleidungsstücke aus.

auberer Tariflohn

sie kontrolliert und, wenn nötig, nachgewaschen und ausgebessert. 237 der 374 Beschäftigten sind Frauen. Sie flicken Arbeitsjacken, die später Schweißer, Maschinenbediener oder Bauarbeiter tragen. Sie nähen neue Taschen auf, sticken maschinell Firmennamen und nähen Logos auf. Und sie bügeln weiße Kragen, nähen Knöpfe und Handytaschen ein, kürzen Hosen und kontrollieren die Anzüge, die später Hotelbedienstete oder Pförtner tragen.

Die Textilien gehören der HTS. Ihre 50 000 Kunden mieten sie nur. 650 000 Menschen tragen Arbeitskleidung von HTS, auch wenn das Logo ihrer Firma draufsteht. Zu den Kunden sämtlicher 400 großen Textilservice-Unternehmen in Deutschland mit ihren rund 30 000 Beschäftigten gehören die Stahl- und Autoindustrie, Kfz-Werkstätten, Metzgereien, Bäckereien und Gaststätten.

Dagmar Schorn drückt Chips in die Kleidungsstücke. In ihnen ist gespeichert, welcher Person in welchem Kundenbetrieb die Teile »gehören«. Seit 19 Jahren arbeitet die 48-Jährige bei HTS in Bochum. Sie verdient 10,05 Euro in der Stunde. Mit einer übertariflichen Zulage von 30 Euro kommt sie im Monat auf 1 641 Euro brutto. Netto bleiben ihr 1 100 Euro für sich und ihren Sohn. »Wenn ich keinen Lebensgefährten hätte, käme ich damit nicht über die Runden«, sagt sie. Einige ihrer Kolleginnen haben Zweitjobs, arbeiten in Discos, kellnern oder gehen putzen.

Aber ihr Lohn ist Tariflohn. Nach dem Tarifvertrag der IG Metall. Und damit verdienen die Frauen bei HTS das Doppelte von dem, was manche »Schmutzkonkurrenten«, also die Billiglohnzahler, bieten. Oder die »DHV«. Ein Verein, der menschenunwürdige Dumpingverträge abschließt. HTS dagegen ist fast Musterbetrieb der Branche: Klaus Seyfried, der Konzernbetriebsratsvorsitzende, und die Bochumer Betriebsrätin Dagmar Fabian weisen darauf hin, dass der Betrieb das »Sozialtestat« besitzt, ein Gütesiegel von Arbeitgebern und Gewerkschaften für sozialverträgliche Betriebe. Und dass es bisher trotz harter Konkurrenz gelungen ist, die Arbeitsplätze und tariflichen Standards zu erhalten.

Ein solches Sozialtestat hatte auch mal die Wäscherei Weiss-Tex in Miltenberg. Dann schloss sie einen Billig-Tarifvertrag ab. Die Belegschaft wehrte sich. Ohne Erfolg. Inzwischen sind viele durch Migranten aus Osteuropa ersetzt, die sich nicht wehren. Weiss-Tex reinigt Krankenhauswäsche. Die Firma kam in Bedrängnis, als die Krankenhäuser privatisiert wurden. Kaum war das städtische Hospital in Miltenberg in privater Hand, gab es keine Aufträge mehr.

Aber »auch die öffentliche Hand vergibt Aufträge immer an den billigsten Jakob«, klagt Heinz-Albert Siemes von der IG Metall in Göttingen. »An die, die keinen Tarif zahlen, geringfügige, und auch illegale Beschäftigte haben.« Viele solcher billigen Jakobs engagieren Menschen aus Osteuropa oder geben die Wäsche gleich nach Polen oder Tschechien. »Und die, die tariftreu sind und Sozialversicherungsbeiträge zahlen, gehen leer aus. Das ist der Skandal.« Gerade die öffentliche Hand müsste aber ein Interesse daran haben, dass Tarifverträge eingehalten werden. Denn durch Dumpinglöhne gehen den Sozialversicherungen Beiträge und dem Staat Steuern verloren. In Bayern läuft ein Verfahren wegen Lohnwucher gegen einen Reinigungsbetrieb. Die Firma hatte ihre Beschäftigten mit fünf Euro abgespeist, obwohl noch ein Tarifvertrag in Nachwirkung war. Rund 900 000 Euro wurden der Sozialversicherung und den rund 60 Beschäftigten dadurch im Laufe mehrerer Jahre vorenthalten.

»Wenn wir ein Entsendegesetz hätten, würde uns das enorm weiterhelfen«, sagt Joachim Denecke. Er arbeitet im Familienbetrieb Steritex in Göttingen. Auch ihm machen die Kampfpreise von Schmutzkonkurrenten zu schaffen. »Wir haben einen Preisverfall, der einen kleinen Betrieb wie unseren, der Tarif zahlt, an den Rand des Ruins treibt.« Wäre die Branche im Entsendegesetz, ist Denecke sicher, »dann könnten wir mit unserem Know-how im Wettbewerb bestehen«. Die IG Metall und der Textilservice-Arbeitgeberverband Intex haben im März beim Arbeitsminister beantragt, dass die Betriebe ins Gesetz aufgenommen werden und dadurch der Mindestlohn, den sie vereinbart haben, für die ganze Branche verbindlich wird. Es sind 9,20 Euro Stundenlohn im Westen und rund acht Euro im Osten. Hungerlöhne von vier oder fünf Euro wären dann endlich nicht mehr erlaubt. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

MINDESTLOHN

»Ich bin gewiss kein Sozialromantiker. Aber wir brauchen für unsere Branche schnellstmöglich den Mindestentgelt-Tarifvertrag. Wir haben gegen zu viele Schmutzkonkurrenten anzukämpfen, die massiv mit Dumpinglöhnen in den Markt eindringen. Dadurch entsteht den tariftreuen Unternehmen ein unakzeptabler Wettbewerbsnachteil, der langfristig Arbeitsplätze bedroht. Mit der Einführung des Mindestlohns wäre die Grundlage geschaffen, hier endlich Einhalt zu gebieten.«

Claus Dietrich, Personalleiter der HTS Deutschland und im Präsidium des Arbeitgeberverbands Intex

Informationen gibt es im Internet unter:
▸ **www.igmetall.de/metallzeitung**

LEBEN

DER LESER HAT DAS WORT

Einen Riegel vorschieben

metallzeitung 3/2008, Aktuell, »Die letzte Luft wird herausgepresst«

»Es kann nicht mehr hingenommen werden, dass es Arbeitnehmer gibt, die unter einer stetig steigenden Arbeitsverdichtung zu leiden haben, und es Arbeitslose gibt, die trotz intensiver Suche keine Beschäftigung finden. Die Regierung muss hiergegen einen Riegel vorschieben.«
Ulrich Neef, Plauen

Keiner zahlt nach Tarif

metallzeitung 3/2008, Titel, »Es geht um die Zukunft der Tarifverträge«

»Im Landkreis Traunstein (Oberbayern) wird es wohl keine Kfz-Firma geben, in der die Beschäftigten nach Tarifvertrag bezahlt werden. Beispiel: Ein Kfz-Meister, 40-Stunden-Woche und 2 200 Euro Brutto-Entgelt im Monat. Von diesem Gehalt kann man keine Familie ernähren.«
Johanna Tollkühn, Siegsdorf

Vernebelungstaktik

metallzeitung 3/2008, Reportage, »Denn jeder wird mal 50 Jahre«

»In der Hoffnung, die wirkliche Situation im Betrieb zu vernebeln, werden sogenannte soziale Wohltaten über die Beschäftigten ausgeschüttet. Verantwortungsvolle Betriebsräte sollten besser mit Hilfe ihrer Gewerkschaft die Unternehmer dazu bringen, endlich ihrer gesetzlichen Aufgabe und Fürsorgepflicht nachzukommen und umfassende Gefährdungsbeurteilungen zu machen.«
Egon Mäurer, Gerolsheim

Empfehlenswerte Ökos

metallzeitung 3/2008, Arbeit, »Mit grünem Strom die Energiewende forcieren«

»Wir können diesen Artikel nur begrüßen. Von den vier großen Energieversorgern werden laufend irreführende Anzeigen und neue Tochter-Stromanbieter installiert mit dem Scheineffekt, damit auch etwas für die Energiewende zu tun und Kunden dort hinzulocken. Die von der **metallzeitung** genannten vier Ökostromanbieter sind wirklich zu empfehlen, weil sie mit ihrem Ertrag nämlich neue Ökostromanlagen bauen.«
Heide Panier und Klaus Schweim, Bergneustadt

Lobhudelei

metallzeitung 3/2008, Leben, »Zu Besuch bei Andrea Nahles«

»Der Artikel liest sich wie eine Lobhudelei. Wie ein Aufruf, ja die SPD zu wählen. Dazu habe ich als IG Metall-Mitglied aber keine Lust. Wäre mehr Distanz nicht besser?«
Mario Ribezzo, Höhr-Grenzhausen

Schlaflos im Keller

metallzeitung 3/2008, Arbeit, »Machen Handys schlaflos und auch krebskrank?«

»Immer mehr Menschen machen Handys, oder ganz allgemein die Mobilfunkstrahlung schlaflos und auch krebskrank. Es gibt zahlreiche ernst zu nehmende wissenschaftliche Studien, die das belegen. Die Mobilfunkindustrie und die mit Milliarden Euro aus den UMTS-Lizenzen abgefütterte Bundesregierung tun alles, um Eindruck zu erwecken, dass die Studien mit Hinweise auf Gesundheitsschäden umstritten seien. Wir, die Interessenvertreter der Beschäftigten sollten nicht darauf hereinfallen. Wie kommt es denn, dass es bei BMW eine Betriebsvereinbarung gibt, die einen viel niedrigeren Wert als den gesetzlichen Grenzwert vorschreibt? Sogar die europäische Umweltagentur warnt vor den Gefahren der Mobilfunkstrahlung. Schade. Ihr habt leider nur der Mobilfunklobby das Wort geredet, aber nicht den Beschäftigten.«
Walter Hofmann, Wildpoldsried

»Traurige Wahrheit ist, dass hunderte Familien im Keller vegetieren müssen, weil sie es in ihrer durch Mobilfunksender verstrahlten Wohnung nicht mehr aushalten. Hierzu gibt es Berichte von Betroffenen, die in einer Broschüre dokumentiert und zusammengefasst worden sind und ich kostenfrei zur Verfügung stelle.«
Jochen Diefenthaler, Memmingen, E-Mail: jodi@jodi.de

MITMACHEN SAGT UNS EURE MEINUNG

Die Redaktion freut sich über Leserbriefe: Entweder per Post an: **metallzeitung**, Stichwort Leserbriefe, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt oder per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de. Bei Zuschriften per E-Mail bitte den Vor- und Nachnamen sowie den Wohnort angeben. Die Redaktion behält sich vor, Briefe zu kürzen. Auch unsere Hotline ist wieder besetzt. Montags bis freitags zwischen 9 und 16 Uhr unter der kostenlosen Telefonnummer:

0800 – 446 38 25

LESERFOTO DES MONATS



Metaller Alfred Seubert aus St. Leon-Rot hat dieses Bild im Februar bei einer Dienstreise nach Kalmazoo in Michigan, USA, geschossen. »Die Arbeitsbedingungen auf diesem Leuchtturm sind bestimmt nicht einfach«, schreibt Seubert. Er gründete bei seinem Arbeitgeber Microm in Heidelberg im Jahr 2007 mit anderen Kollegen den ersten Betriebsrat und ist seither Betriebsratsmitglied.

MITMACHEN FOTOWETTBEWERB DER IG METALL

Schicke uns dein Digitalfoto zum Thema: **»Mensch und Arbeit«.** Für die Veröffentlichung in der metallzeitung gibt es diesmal als Preis ein multifunktionales Braun Digital Radio. Ausführlichen Informationen und Teilnahmebedingungen zum Fotowettbewerb findest du unter:
▸ **www.igmetall.de/metallzeitung**

ZU BESUCH BEI MICHAEL UPRITCHARD

Große Schiffe und irisch-herbe Töne

Vor 34 Jahren kam Michael Upritchard aus dem nordirischen Belfast zur Kieler HDW-Werft. Dort hat er als Vertrauensmann und Betriebsrat viele Krisen erlebt und gegen Arbeitsplatzabbau gekämpft. Doch Upritchard ist nicht nur Schiffbauer und Metaller: Seit seiner Kindheit macht er Musik, singt und spielt Gitarre. Irisch. Rockig. Auch auf IG Metall-Veranstaltungen.

»Ich bin hier jeden Tag unterwegs. Das gehört zu meiner Arbeit. Und ich brauche die Luft und die Unterhaltung«, erklärt Michael Upritchard auf dem Weg durch die riesigen Hallen unter dem 111 Meter hohen Portalkran zu seinem Büro am Trockendock. Alle kennen ihn als »Mike«. Und keiner kommt ohne spitzen, derben Spruch davon. Das gehört auf der Werft zum guten Ton. Und das ist auch Mikes Stärke, sagen seine Betriebsrats-Kollegen: Überall sorgt er für gute Stimmung. »Ich versuche immer positiv zu denken«, sagt Mike. »Auch in miesen Situationen. Das hilft den Menschen über die Angst hinweg«.

Miese Situationen gab es auf der HDW-Werft genug: In den vergangenen dreißig Jahren ist die Belegschaft von 13 000 auf 2500 abgebaut worden, meist über Vorruhestandsregelungen. Doch dann wurden die Gesetze geändert. Bei der letzten Welle 2003 bis 2005 mussten 500 zumeist junge Facharbeiter gehen. »Da standen erwachsene Männer weinend bei mir im Büro. Natürlich haben viele auch uns die Schuld gegeben – nicht der Arbeitgeberseite. Auf die bin ich stinksauer. Das waren schlimme anderthalb Jahre.«

Mike kam 1974 zu HDW. Aufgewachsen ist er im nordirischen Belfast, in einer englisch-protestantischen Familie, in einem irisch-katholischen Viertel. Im Jahr 1969 standen die Iren gegen die englische Oberklasse auf. »Das war eine harte Zeit. Bomben, Schießereien. Und ich hatte katholische Freunde und eine katholische Freundin. Ein Tabu.« Mike ging nach England, blieb dort aber mit seinem irischen Akzent in Zeiten irischen Terrors Außenseiter. »Eines Tages erzählte jemand im Pub von Arbeit in Deutschland. Gutes Geld gebe es da.« Zwei Tage später war Mike in Kiel. In Belfast hatte er, wie sein Vater und Großvater, Schiffbauer gelernt und auf einer Werft gearbeitet. »Eigentlich wollte ich nur kurz bleiben«, erzählt er. 34 Jahre sind es geworden. Mit seiner amerikanischen Frau bekam er in Kiel zwei heute erwachsene Töchter.



Foto: Cordula Kropke

Aus Belfast hat Mike eine weitere Familientradition mitgebracht: Er singt und spielt Gitarre. Irische Lieder und Rock. Unter dem Künstlernamen »Michael Finnigan« tritt er regelmäßig auf, oft auf Veranstaltungen der IG Metall und anderer Gewerkschaften. »Musik hat in Irland einen hohen Wert. Ich mache das, seit ich Kind bin. Zum Glück kann ich Schiffbau und Musik gut verbinden.« In Kiel ist Mike gleich am ersten Tag in die IG Metall eingetreten. »Nicht in der Gewerkschaft zu sein war damals in Großbritannien vor Thatcher unvorstellbar«, erklärt Mike. »Und ich war schon in Belfast Jugendvertreter.« Fünf Jahre dauerte es, bis er in Kiel zum Vertrauensmann gewählt wurde. Bei den Migranten, besonders bei den Türken, ist Mike beliebt. »Ich weiß auch nicht warum.« Jetzt ist er stellvertretender Vertrauenskörperleiter und im Betriebsrat für Arbeitssicherheit zuständig. »Wir haben viel erreicht. Früher hatten wir allein 1000 Augenverletzungen im Jahr, meist beim Schleifen. Jetzt fast keine mehr.«

Seine Pläne: Nachdem bei HDW der Entgeltrahmentarif dank der Beteiligung der Beschäftigten erfolgreich eingeführt ist, wollen sich die Metaller jetzt um Ingenieure und Konstrukteure kümmern. Mittlerweile sind auch bei HDW über die Hälfte der Beschäftigten Angestellte. Ob er nach Irland zurück will? »Ich bin anders geworden«, sagt Mike. »Ich besuche gerne meine Familie in Belfast. Aber ich brauche meine Freiheit. Und Kiel ist meine Heimat geworden: Wasser und Schiffe.«

Noch zehn Jahre will Mike hier bei HDW Schiffe bauen. Denn im Schiffbau macht man Großes. Einmal sah Mike mit seiner Tochter ein Schiff von HDW in der Sesamstraße. »Das habe ich gebaut«, rief Mike. »Du ganz allein, Papa?«. »Na ja – die anderen haben auch mal was geholfen.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

MUSIK VON »MICHAEL FINNIGAN«

Als »Michael Finnigan« tritt Mike solo mit Gitarre auf. Bei Gewerkschaftsveranstaltungen ist Mike ein Begriff. Auf seiner CD »From here – to there« sind seine Interpretationen traditioneller irischer Lieder zu hören. Mehr unter:

► **www.igmetall.de/metallzeitung**

LEBEN

RECHT SO

Zopf, Bart oder Piercing – Was ist eigentlich erlaubt?

metallzeitung: Die Grenzen zwischen der freien Kleiderwahl für Beschäftigte und dem Weisungsrecht des Arbeitgebers sind oft schwer zu ziehen. Was müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beachten? Und wie weit kann der Chef die morgendliche Auswahl der Garderobe bestimmen?

Carsten Schuld: Aus Gründen des Arbeitsschutzes oder für ein einheitliches Auftreten im Betrieb kann der Arbeitgeber eine Arbeitskleidung vorschreiben. Klar ist, dass auf Baustellen Schutzhelme getragen werden müssen und in einer amerikanischen Fast-Food-Kette akzeptieren die Beschäftigten Arbeitskleidung in den Farben des Unternehmens. Die meisten Beschäftigten wissen auch ohne Anweisung, was am Arbeitsplatz passend ist. Rechtlich gehört es zu den vertraglichen Nebenpflichten, sich mit äußerer Erscheinung so einzuordnen, wie es beim Arbeitgeber akzeptiert wird. Ein Hinweis im Arbeitsvertrag oder einer Betriebsvereinbarung ist in der Regel nicht notwendig.

Gehobene Anforderungen wie das Tragen von Kostüm oder Anzug können an die Beschäftigten gestellt werden, wenn sie auf Kunden treffen und mit ihrer Erscheinung das Image des Unternehmens prägen. Auch das Empfinden der Kollegen und die Ordnung im Betrieb können Vorgaben hinsichtlich der Kleidung begründen. Allzu tiefe Ausschnitte oder übelriechende Kleidung, an der sich die Gemüter erhitzen, kann der Arbeitgeber untersagen. Piercings oder zu viel Schmuck können im Kundenbereich, oder auch aufgrund des Arbeitsschutzes verboten sein. Aber Chefs können nicht alles vorschreiben: Ob ein gewerblicher Beschäftigter Bart oder Zopf trägt oder eine Kollegin stark geschminkt ist, geht den Chef in der Regel nichts an. Ein Gebot an weibliche Beschäftigte, Röcke zu tragen, oder ein Verbot eines Kreuzes oder Davidssterns an einer Kette wären diskriminierend. Der Betriebsrat bestimmt mit, wenn der Arbeitgeber im Betrieb eine Kleiderordnung einführen will. Die Kosten können im Arbeits- oder Tarifvertrag sowohl dem Unternehmen wie dem Arbeitnehmer aufgelastet oder zwischen diesen geteilt werden. ■



Foto: Jürgen Hedwig

Carsten Schuld, Jurist beim DGB-Rechtsschutz beantwortet hier jeden Monat Eure Fragen.

Weitere Fragen rund um den Rechtsschutz?
Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.
▸ **www.igmetall.de/metallzeitung**
▸ **www.dgbrechtsschutz.de**

GEWERKSCHAFTLICHE FERIENANBIETER

Raus aus dem Alltag – Urlaubsa

Als Mitglied hat man's gut: Für Metallerinnen und Metaller gibt es attraktive Urlaubsangebote und satte Rabatte*.



Schweiz, Italien

Die Hotels, Ferienhäuser und Wohnungen der schweizerischen Gewerkschaft Unia liegen am Vierwaldstättersee, am Genfersee, im Berner Oberland, im Tessin, in der Innerschweiz, im Waadtländer Jura, im Appenzeller Land und in einem Feriendorf am Meer in der Toscana, Italien. Auf alle regulären Preise gibt es bis zu 20 Prozent Rabatt* für IG Metall-Mitglieder. Bei der Buchungsbestätigung für einen Urlaub muss unbedingt eine Kopie des IG-Metall-Ausweises vorgelegt werden. ■

Unia Ferien
Telefon 0041 – 31 – 350 23 98
E-Mail: ferien@unia.ch
▸ **www.ferien.unia.ch**

Österreich

In Bad Hofgastein, Hartberg, Krumpendorf und Velden am Wörthersee liegen die Ferienhäuser und -wohnungen des österreichischen Urlaubsvereins der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung. Metaller bekommen die gleichen Vergünstigungen* wie ihre österreichischen Kollegen. ■

Urlaubsverein der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung
Telefon 0043 – 1501 – 46-211/212
E-Mail: urlaub@gmtn.at
▸ **www.gmtn.at**

Slowakische Republik

Ob Berg- oder Radtouren in der Hohen oder Niederen Tatra, eine Kur- und Rehabilitationsmaßnahme im slowakischen Bad Lublau oder Pistayn oder eine Studienreise in die Hauptstadt und Kulturmetropole Bratislava. Die familienfreundlichen Hotels sind komfortabel und auch für einen barrierefreien Urlaub bestens geeignet. Metaller bekommen in allen Häusern zehn Prozent Rabatt*. Bei Buchungen muss auf diesen Anspruch hingewiesen werden. ■

Sorea Hotelgesellschaft mbH
Telefon 00 42 1 – 2 – 55 42 58 56
E-Mail: obchod@sorea.sk
▸ **www.sorea.sk**

Lüneburger Heide

Natur pur genießen kann man in der Lüneburger Heide, wo die IG Metall vier gut ausgestattete Ferienhäuser unterhält. Die Unterkünfte können rund ums Jahr gebucht werden. ■

Infos gibt es bei: Olaf Peters
Telefon 04 18 4 – 88 87 31

Text: Antonela.Pelivan@igmetall.de

Weitere Informationen zu den Ferienanbietern gibt es unter:
▸ **www.igmetall.de/metallzeitung**
→Ferienanbieter

*Unter Vorlage des IG Metall-Mitgliedsausweises

angebote für Mitglieder



Foto: bilderbox.de

Wandern auf der Alm – und das zu satten Rabatten für Mitglieder.

ANGEBOTE DER IG METALL-SERVICEGESELLSCHAFT

Gemeinnütziges Werk

Hotels, Wohnungen oder Bungalows haben das Gemeinnützige Erholungswerk (GEW) der IG Bauen-Agrar-Umwelt im Angebot. In Poreč, auf der kroatischen Halbinsel Istrien, können komplett ausgestattete Mobilheime (bis fünf Personen) gemietet werden. Das Camp »Lanterna« liegt direkt am Meer und verfügt über einen drei Kilometer langen Fels- und Kiesstrand. Am Südufer des Gardasees in Italien liegt das Camp »Bella Italia«. Das 24 Quadratmeter große Mobilheim ist mit einem Elternschlafzimmer und zwei Einzelbetten ausgestattet, was Familienmitgliedern einen persönlichen Freiraum ermöglicht. Das Ferienzentrum »Les Touresses« in Sainte-Maxime an der Côte d'Azur in Frankreich ist etwa 80 Kilometer vom Flughafen Nizza entfernt. Die Anlage mit 30 Wohnungen, 52 Bungalows und zehn Appartements sowie Swimmingpool liegt in einem mediterranen Schlosspark auf einem Hügel oberhalb der Stadt. Bis zum Strand sind es etwa 400 Meter.

IFA Hotels

Der Ferienhotelanbieter IFA betreibt insgesamt 22 Hotels und Appartementhäuser in Deutschland, Österreich, Italien, Spanien, Bulgarien und der Dominikanischen Republik. Vom Tauchen und Schwimmen über Bergwandern, Tennis und Golfen, Entspannung in italienischen Thermen bieten die familienfreundlichen IFA Hotels für jeden Geschmack und für jeden Geldbeutel das passende Hotel sowie Ambiente. IG Metall-Mitglieder bekommen zehn Prozent Rabatt.

Über den Internetzugang der IG Metall-Servicegesellschaft gibt es alle Angebote für Metaller:
▸ **www.igmservice.de**

WAS MICH BESCHÄFTIGT ...

»Ein Clownkostüm ist keine Vermummung«

metallzeitung sprach mit Peter Hosse, Metaller aus Eisenach und Globalisierungskritiker.

metallzeitung: Erinnerst Du Dich noch an den 4. Juni 2007?
Hosse: An dem Tag wollte ich mit anderen gegen den G-8-Gipfel in Rostock protestieren. Kurz nach 9 Uhr wurden wir kontrolliert und ich wurde zusammen mit einem weiteren Metaller fast acht Stunden weggesperrt. Mir wurde vorgeworfen, eine Perücke, eine rote Plastiknase und eine Zorrobrille im Gepäck zu haben.
metallzeitung: Die Polizei witterte Vermummung?
Hosse: Unsinn, wir wollten vor einer Lidl-Filiale fantasievoll auf prekäre Arbeitsverhältnisse und schlechte Arbeitsbedingungen hinweisen.
metallzeitung: Das Amtsgericht Rostock hat Dich freigesprochen. Hast Du das erwartet?
Hosse: Ja. Wenn Clownkostüme unter das Vermummungsverbot fielen, gäbe es keine freie Kunstausübung mehr.
metallzeitung: Ist Globalisierung noch ein Thema für Dich?



Foto: Privat

Peter Hosse, Globalisierungskritiker, darf sich freuen: Er wurde vom Rostocker Amtsgericht freigesprochen.

Hosse: Ich mache bei der DGB-Qualifizierungsreihe »Europa step by step« mit. Demnächst sind wir im Europaparlament..
metallzeitung: ... im Clownkostüm?
Hosse: Nein, wir informieren uns, wie europäische Politik funktioniert. Das Kostüm kommt vielleicht bei anderen Gelegenheiten wieder zum Einsatz. ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

MENSCHEN UND TIERE, DIE BEWEGEN



Foto: Christian v. Polentz / transitfoto.de

Filmpreis für Malalai Joya

In ihrer Heimat engagiert sich die afghanische Menschenrechtlerin Malalai Joya gegen Drogenbarone, Fundamentalisten und Besatzer (**metallzeitung** 11/2007 berichtete). Für ihren Film »Enemies of Happiness« hat sie jetzt den International Human Right Award erhalten. Er wird von der »Initiative Cinema of Peace« vergeben. **fra**



Foto: Franzel Drepper / Arvertise

»Shorty« hilft beim Briefmarken sammeln

Damit hatte die Familie Eikenkötter nicht gerechnet. In der März-Ausgabe stellte **metallzeitung** ihr Projekt »Briefmarken sammeln für Bethel« vor. Ein Projekt das bewegt. Säckeweise schicken Metallerinnen und Metaller seither Briefmarken an die Eikenkötters. Gegrüßt wird dabei auch immer Katze »Shorty«, die mithilft. Infos zum Projekt unter:
▸ **www.igmetall.de/metallzeitung**

LEBEN

LAUT UND LEISE

Folk, Blues und Country: Neue CD von Metallern

Seit Januar ist sie auf dem Markt, die neue CD von Spätlese. Die neue CD heißt »Trollmann«. Den vier gesetzten Herren von Spätlese merkt man ihre Herkunft und musikalische Erfahrungen an: Arno Dinse, Fred Meier-Klocker, Erich Rickmann und Dieter Schäfer. Schäfer arbeitet als IG Metall-Sekretär in Hannover. Die Musiker spielen auf Mandoline, Gitarre und Ukulele engagierte, politische Musik. Dabei pendeln sie zwischen Folk, Politsong, couragierten Texten sowie schönen Melodien und tragen ihren eigenwilligen Mix zu Saxophon, Klarinette, Bass, Drums und was-weiß-ich-noch für Instrumenten vor. Das war in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts durchaus angesagt. Aber heute? Immer noch angesagt! Die CD gibt es für 12 Euro, und sie ist zu bestellen bei **Dieter.Schaefer@igmetall.de**



Gefeuert trotz Gewinn. Dokufilm »15 Minuten Wahrheit«

In »15 Minuten Wahrheit« geht es um Unternehmen, die trotz Aufschwung und sprudelnder Gewinne Menschen entlassen – ohne Anerkennung, ohne Zukunft. Und es geht um eiskalte Bosse, dunkle Geschäfte und schwarze Konten. Die Entlassung des leitenden Angestellten (Herbert Knaup) und seiner Kollegen kommt ohne Vorwarnung. Alle sind über 50 Jahre und haben keine Chance mehr auf dem Arbeitsmarkt. Den Boss kümmert das nicht. Marktwirtschaftliche Logik. Doch die Beschäftigten schlagen raffiniert zurück. Ein Wirtschaftsthriller, mit dem der 30-jährige Filmemacher Nico Zingelmann zahlreiche Preise abgeräumt hat. Nico Zingelmann: **»15 Minuten Wahrheit«**, Filmakademie Ludwigsburg, Katholisches Filmwerk, Frankfurt, 2007, Kurzfilm, 25 Euro. ▶ **www.filmwerk.de** →Filme →Kurzspielfilm



Die Gewinner der Karten für die Ruhrfestspiele

Jeweils zwei Karten für die Breakdance-Truppe **»Pockemon Crew Compagnie«** mit »C'est ça la vie!?« am 24. Mai in Marl gehen an:

- **Marcus Oelgemöller, Wallenhorst**
- **Markus Kirschner, Wehretal**
- **Christiane Schumann, Bad Nenndorf**

Die Tickets werden an der Kasse hinterlegt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Foto: Allaoua Sayad / Ruhrfestspiele

MITMACHEN **SENDET UNS EURE VORSCHLÄGE**

Wir veröffentlichen laute und leise Töne, Filme, Ausstellungen, Aktionen, Bücher, von metallzeitung-Leserinnen und -Lesern. Wir suchen Künstlerinnen und Künstler, die sich für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit stark machen. Die Auswahl behält sich die Redaktion vor. E-Mail an: ▶ **metallzeitung@igmetall.de**

GUTER RAT

Kündigung sofort der Arbeitsagentur melden

Bereits lange bevor die Arbeitslosigkeit offiziell beginnt, müssen künftige Arbeitslose aktiv werden und einige Hürden meistern.



Foto: Manfred Rinkus / Bildmaschine.de

Bei Kündigung gilt: So schnell wie möglich »arbeitssuchend« melden.

Gekündigte Beschäftigte müssen sich spätestens drei Monate bevor das Arbeitsverhältnis endet, bei der Arbeitsagentur »arbeitsuchend« melden. »Wer diese Frist versäumt, dem drohen Abstriche sowie Einbußen und er bekommt später eine Sperrzeit«, sagt Martin Künkler von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen. Konkret bedeutet das: Die Arbeitsagentur zahlt dann eine Woche lang kein Arbeitslosengeld I.

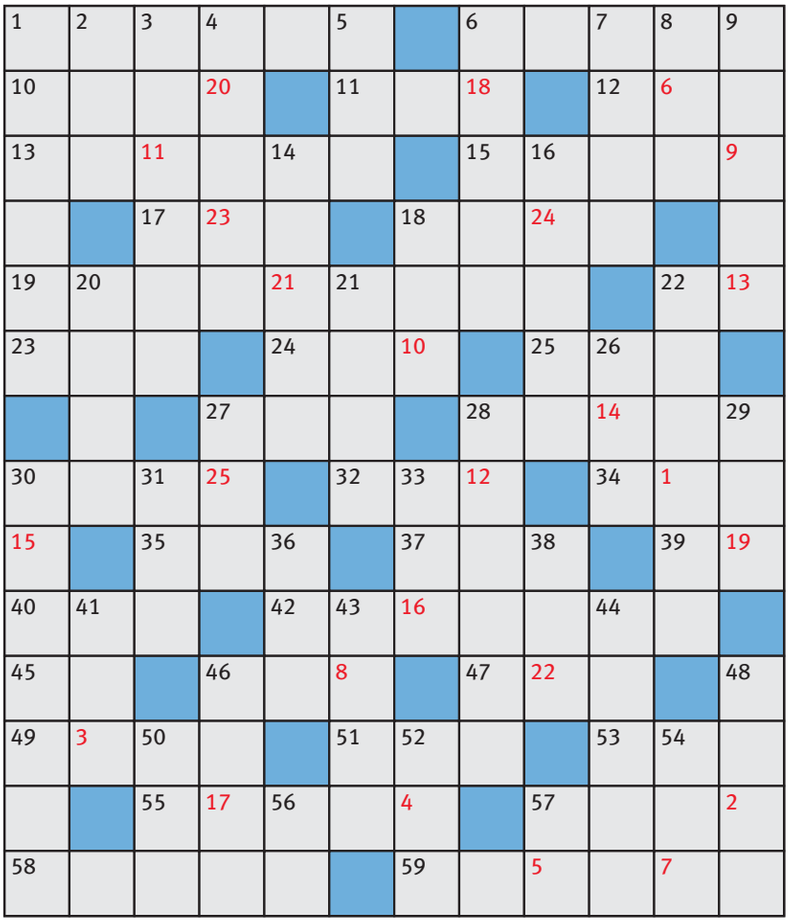
Die Pflicht zur frühzeitigen Anmeldung beim Arbeitsamt gilt nach einer Kündigung und wenn eine befristete Beschäftigung ausläuft. Selbst wenn gegen die Kündigung geklagt wird oder der Arbeitgeber in Aussicht stellt, eine befristete Stelle zu verlängern, muss die Meldung erfolgen. Für Auszubildende gilt die Pflicht nur bei einer überbetrieblichen Ausbildung. Wenn die Drei-Monats-Frist gar nicht eingehalten werden kann, dann müssen sich Betroffene sogar innerhalb von drei Tagen – nach Kenntnisnahme vom Ende der Beschäftigung – melden. Das ist der Fall, wenn Arbeitgeber mit einer Frist von vier Wochen kündigen. Wer eine Stelle antritt, die auf weniger als drei Monate befristet ist, muss sich ebenfalls innerhalb von drei Tagen melden. Also fast zeitgleich mit der Aufnahme der Arbeit. Rechtlich umstritten ist, ob mit »drei Tagen« Werk- oder Kalendertage gemeint sind. Darum ist es das Beste, sofort zum Arbeitsamt zu gehen.

Die sogenannte Arbeitsuchenmeldung kann telefonisch erfolgen, ersetzt aber nicht den Weg zum Arbeitsamt. Beim ersten Telefonat wird ein Termin beim Arbeitsvermittler vereinbart und mit dem Gespräch die persönliche Meldung nachgeholt. Arbeitsuchende erreichen ihr Service Center unter: 0 1801 – 555111. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Mehr Infos gibt es unter:
▶ **www.igmetall.de/metallzeitung**
In der nächsten Ausgabe: »Die richtige Arbeitslosmeldung«

RÄTSEL



Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7		8	9	10	11	12	13
14	15	16	17	18	19	20	21		22	23	24	25	

,

WAAGERECHT

1 Lösungsmittel
6 Stallstroh als Bodenbelag
10 altnordisches Blasinstrument
11 britische Rundfunkgesellschaft
12 Vorfahr
13 Terminkalender, Merkbuch
15 Eckzahn des Keilers
17 heftiger Windstoß
18 Milchfett
19 Meeresfisch
22 Autokennzeichen von Gütersloh
23 Raum außerhalb des Spielfelds
24 männliches Kind, Junge
25 Ohr (englisch)
27 Hauptort auf Föhr
28 westfälische Stadt bei Herford
30 internationale Standardbuchnummer (Abkürzung)
32 heutiger Name Clays
34 ich (lateinisch)
35 englisch: zwei
37 englisches Wort für: Schluss
39 Ausruf des Erstaunens
40 Gemisch
42 Tierabrichtung
45 Fürwort
46 olivgrüner Papagei
47 Höhenzug bei Braunschweig
49 Edelgas
51 Sender in Hamburg (Abkürzung)
53 Zufluss der Aller
55 Amtssprache in Indien
57 komplettes Essen
58 Bewohner einer Stadt an der Donau
59 chemisches Element

SENKRECHT

1 Nordstaat der USA
2 Lokomotive mit Wagen
3 Unterwelt der griechischen Sage
4 Männersingstimme
5 US-Basketballliga (Abkürzung)
6 ehemaliger persischer Monarchentitel
7 Zimmer, Kammer
8 Lebensgemeinschaft
9 Kehricht, Abfall, Müll
14 Pferderennen
16 Vermuten
18 kroatische Adriainsel
20 Teil eines Werkzeugs
21 indische Wasserpfeife
22 Name von 16 Päpsten
26 englisch: Alter
27 Westnordwest (Abkürzung)
28 Zeugnisnote (ugs.)
29 ungekocht
30 Zufluss der Unterelbe
31 TV-Informationsdienst (Abkürzung)
33 Windschattenseite
36 feierliches Gedicht
38 digitale Leitung (Abkürzung)
41 Europäer
43 Währung in Südafrika
44 Frauenboot der Eskimos
46 Beingelenk
48 dicht behaarte Tierhaut
50 Physiker † (Georg S.)
52 deutsches Normzeichen
54 englisches Fürwort
56 Abkürzung für: Nummer
57 ein Musiktonträger (Abkürzung)

Die Gewinner

Das Lösungswort aus Februar lautete:
Erwerbsminderungsrente

Erster Preis:
Christa Lindenblatt, Velbert,
Zweiter Preis:
Helga Engelhardt, Wolfsburg,
Dritter Preis:
Markus Planck, Neuenstein,
Der Zusatzgewinn im Februar:
je ein Buch geht an
Gerhard Dosch, Mannheim,
Klaus Kühl, Rendsburg,
Werner Niekrawietz, Hamburg,
je ein IG Metall-Fußball geht an
Klaus Stüwe, Castrop-Rauxel,
Manuela Weinhold, Obertheres,

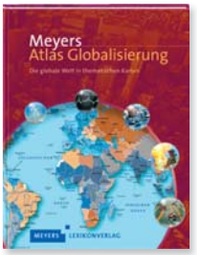
Zu gewinnen sind dieses Mal



Erster Preis
4 Übernachtungen für 2 Personen im IFA Fehmarn Hotel & Ferienzentrum***/Burg auf Fehmarn.



Zweiter Preis
Ein Lexikon »Der Brockhaus Gesundheit«.



Dritter Preis
Ein »Meyers Atlas Globalisierung«.

Das Lösungswort unter Angabe des Vor-, Nachnamen und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion **metallzeitung**, Preisrätsel, 60239 Frankfurt. Oder per E-Mail an: raetsel@igmetall.de

Der Einsendeschluss ist der 27. April 2008.

ARBEIT

DA GEHT WAS

Sie können die Audi-Bänder stoppen

Seit genau zehn Jahren gehören die Textiler zur IG Metall. Das Jubiläumsgeschenk haben sich die Metallerinnen und Metaller jetzt selber gemacht: Ein Tarifergebnis, das sich sehen lassen kann. Aber nicht nur bei Warnstreiks funktioniert die Gewerkschaftsarbeit in der Textilindustrie, wie das Beispiel Faurecia in Neuburg an der Donau zeigt.

AUF EINEN BLICK

3,6 Prozent durchgesetzt

IG Metall und Arbeitgeber in der westdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie haben sich auf einen Tarifabschluss geeinigt. Die 120 000 Beschäftigten erhalten für April und Mai eine Einmalzahlung von 200, Auszubildende von 100 Euro. Ab Juni steigen Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 3,6 Prozent. Azubis bekommen monatlich noch 30 Euro zusätzlich. Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt zwölf Monate. Michael Jung, IG Metall-Verhandlungsführer: »Ohne die Warnstreiks von über 18 000 Beschäftigten aus 139 Betrieben hätten wir den Erfolg nicht erzielt.«



Foto: Gerhard Wick

Warnstreik bei Faurecia in Neuburg an der Donau. Die Aktionen haben sich gelohnt.

Lautlos schieben sich die fahrerlosen Transportwagen durch Halle A4. »FTS« ist auf die Seitenwand lackiert. Das bedeutet »Fahrerloses Transportsystem«. Seine Anweisung erhält der Wagen von der Kommandozentrale im »I-Punkt«. »Wir stehen ständig in Kontakt zu unserem Kunden Audi«, sagt Jonas Heiß, im I-Punkt für die Koordination zuständig. Über die elektronische »Tankstelle« werden die Transportwagen instruiert. Wie von Geisterhand geführt, holen sie die fertigen Autositze dann an den jeweiligen Linien ab.

Vier Stunden nach dem letzten Griff stehen die Sitze bereits bei Audi in Ingolstadt am Band. »Just in Time«, sagt Norbert Thaller, Vorsitzender des Betriebsrates, »wir arbeiten 24 Stunden am Tag.«

Kein Wunder, dass die Geschäftsleitung gezittert hat, als die Metallerinnen und Metaller Anfang März zum Warnstreik angetreten sind. Fünf Minuten nach 24 Uhr war die gesamte Nachtschicht auf dem Hof. Die »Neuburger Rundschau« meldete »Streik zur Geisterstunde, und bei Audi gingen die ersten Warnlampen an«. »Wir können in kürzester Zeit die Bänder bei Audi stoppen«, erklärt Thaller.

Samstag darauf zogen die Metaller die Daumenschrauben weiter an. Diesmal dauerte der Warnstreik eine Stunde. Bei Audi läuteten die Alarmglocken, und die Faurecia-Chefs wollten die verlorene Zeit am gleichen Samstag nacharbeiten lassen. Aber der Betriebsrat schickte die Beschäftigten nach Schichtende nach Hause. »Damit die Produktion ausfällt, dafür streiken wir doch«, sagt Betriebsrat Thaller.

Vier Tage später erläuterte der Betriebsratsvorsitzende auf der Betriebsversammlung in Halle A3 den Abschluss. Es gab viel Beifall. »Unsere Leute sind einverstanden, das Ergebnis stimmt«, erklärt Thaller. Nur ein Witzbold wollte von der Geschäftsleitung wissen, ob sie weitere Prozente obendrauf packe. »Die 3,6 Prozent haben doch wir erkämpft.« Das Gelächter war groß.

Jetzt surrt es wieder an den Linien. Die rund 1300 Beschäftigten aus 36 Nationen produzieren jeden Tag rund 2500 Autositze. Das Arbeitstempo ist rasant. »Wie in einem Bienenkorb geht es hier zu«, sagt Thaller. Die Vorgabezeiten leuchten auf einem Display. Das erleichtert die Kontrolle. »Wenn da was gedreht wird«, lacht Thaller, »klingelt zehn Minuten später das Telefon bei uns.«

Offenbar genießt der Betriebsrat Vertrauen. Und auch die Vertrauensleutearbeit funktioniert. »Wir mussten dafür kämpfen«, erinnert der Betriebsrat. Als die Geschäftsleitung die Sitzungen während der Schichten verbot, stand anderntags Ingolstadts IG Metall-Bevollmächtigter im Betrieb. Jetzt laufen die Sitzungen während der Schicht. Die Zeit wird bezahlt.

Gerade ruft im Betriebsratsbüro der Logistikleiter an. Er hatte ohne Erlaubnis des Betriebsrats einen Beschäftigten umgesetzt, und Constantin Stoika, stellvertretender Vorsitzender, ist sauer. Im Raum nebenan sagt Thaller: »Der Logistikleiter ist neu. Dem müssen wir das noch erklären, wie es hier läuft.« Verschmitz blickt er rüber zur Tür: »Conny kann da ekelhaft sein.« ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

DIE GUTE IDEE

Ein Arbeitszimmer für Eltern und Kinder

In der Zentrale der IG Metall in Frankfurt gibt es einen Raum, in dem Eltern arbeiten und ihre Kinder spielen können.

Oma und Opa sind im Urlaub, der Kindergarten wird bestreikt und alle Freunde haben keine Zeit. Urlaub nehmen geht nicht, weil die Präsentation für den Chef abends fertig sein muss. Notfall. Wohin mit den Kindern?

Für Beschäftigte beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt gibt es für solche Notfälle nun eine Lösung: ein sogenanntes »Eltern-Kind-Arbeitszimmer«. Der Bedarf für ein solches Zimmer liegt auf der Hand: »Viele Betreuungssituationen sind für Eltern nicht oder nur schlecht vorhersehbar«, weiß Sissi Banos, beim IG Metall-Vorstand zuständig für Gender Mainstreaming. Zusammen mit der Personalabteilung und dem Betriebsrat der IG Metall hat sie die Idee entwickelt und umgesetzt.

Das Eltern-Kind-Zimmer soll kurzfristige und kurzzeitige Engpässe abdecken. Auch mit einer leichten Grippe sind Kinder und Eltern willkommen. Die Buchung des Raums ist einfach, und die Beschäftigten sind selbst für die Aufsicht ihrer Kinder verantwortlich. »Für die meisten Eltern bedeutet das Arbeitszimmer vor allem einen ›Plan B‹ zu haben im Fall der Fälle«, sagt Sissi Banos.

Für kleinere Kinder befindet sich im Raum eine Kuschelecke. Für größere Kinder gibt es einen Tisch. Spielzeug und Malbücher haben die Beschäftigten gestiftet.

Auch die technische Ausstattung kann sich sehen lassen: Die Steckdosen haben Kindersicherung. Der Arbeitsplatz ist mit Telefon, Computer, Drucker und Netzanschluss (auch für Laptops) ausgestattet. Und wer will, kann sogar ein Meeting abhalten: Es gibt einen Besprechungstisch und -stuhl. Seit es den Raum gibt, zeichnet sich ein Trend ab: Vor allem Väter nutzen das Eltern-Kind-Arbeitszimmer. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

Infos rund um das Thema Eltern-Kind-Arbeitszimmer gibt es bei: Sissi.Banos@igmetall.de, Telefon 069–6693-2233

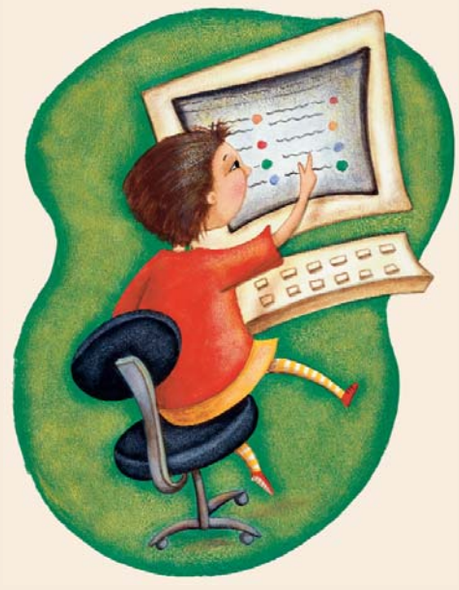


Illustration: Stockbyte

PRODUKT DES MONATS



Foto: PR

Teddybären von Steiff: Auch sie werden von Metallern hergestellt.

Der berühmte Teddybär mit dem Knopf im Ohr

Auch das produzieren Mitglieder der IG Metall: den weltberühmten Teddybären mit dem »Knopf im Ohr«.

Als Kind war Angelika Bschorer-Balaban immer neidisch auf die anderen Kinder, die einen Teddybären hatten. Ihre Eltern konnten ihr diesen Wunsch nicht erfüllen. Sie hätten »koi Geld nit dafür«, erklärte ihr die Mutter stets. Heute ist die 52-jährige Metallerin Betriebsratsvorsitzende der Margarete Steiff GmbH im baden-württembergischen Giengen an der Brenz. Das Traditionsunternehmen mit 295 Mitarbeitern ist der weltweit führende Hersteller von Teddybären und Kuscheltieren.

»55 PB« hieß der erste Teddybär mit beweglichen Armen und Beinen, den ein Neffe der Firmengründerin Margarete Steiff (1847 bis 1909) entwickelt hat. Sein Markenzeichen, den Metallknopf, trägt er seit 1904 im Ohr. Ebenso die dunklen Knopfaugen und das glänzende Fell aus Ziegenhaar. Sein Innenleben: Holzwolle.

Wirtschaftlich geht es Steiff wieder besser. »Wir nähern uns den schwarzen Zahlen«, sagt die Betriebsratsvorsitzende. »Wir haben wahnsinnig viel zu tun.«

Ihre Begeisterung für das Plüschtier hat sich Bschorer-Balaban erhalten – und vererbt. Zu Hause hat sie »ungefähr zehn« Teddys, »für die Enkelkinder«. Und eins von ihnen kennt bereits sein Berufsziel: »I geh auch zum Steiff.« ■

Norbert Hüsson

▸ **www.steiff.de**

MITMACHEN **SCHREIBT UNS EURE IDEEN UND PRODUKTE**

Querdenken, etwas anders machen oder Dinge auf den Kopf stellen: Die metallzeitung sucht gute Ideen und Produkte, auf die Metallerinnen und Metaller stolz sind. Wer ist Weltmeister? Wo gibt es neue Konzepte und Ansätze?
Per E-Mail an: ▸ **metallzeitung@igmetall.de**

IN KÜRZE

Rückenprobleme?

Rückenbeschwerden müssten oft gar nicht sein. Deshalb hat die Techniker Krankenkasse gemeinsam mit dem Arzt Dietrich Grönemeyer die Initiative »Gesundheit für Deutschland« ins Leben gerufen. Rund 80 Prozent der Deutschen leiden mindestens einmal im Leben an Rückenschmerzen. Höchste Zeit, aktiv zu werden. Die Initiative unterstützt mit konkreten Tipps und ausführlichen Informationen, damit der Rücken gesund bleibt oder wieder gesünder wird. Mehr Infos unter:

▸ **www.gesundheit-fuer-deutschland.de**

Knete für Kurze

Mit einem millionenschweren Förderprogramm unterstützt die Bundesregierung Betriebe, die ihren Beschäftigten Betreuungsplätze für Kleinkinder anbieten wollen. Dafür stehen bis 2011 insgesamt 50 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds bereit. Das Programm richtet sich an Betriebe mit bis zu 1000 Beschäftigten, die in Kindertagesstätten neue oder zusätzliche Gruppen für Mitarbeiterkinder bis zum dritten Lebensjahr schaffen wollen. Weitere Informationen gibt es im Internet oder bei der Servicestelle. Telefon: 0800–0 00 09 45

▸ **www.erfolgsfaktor-familie.de**

Ratgeber für Befristete

Für Beschäftigte in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen hat der Deutsche Gewerkschaftsbund eine neue Ratgeberseite ins Internet gestellt. Dort gibt es Tipps für befristete und Teilzeit-Beschäftigte, Minijobber, Selbstständige, Honorarkräfte, Leiharbeiterinnen oder Leiharbeiter, Ein-Euro-Jobber sowie Praktikanten. Sie alle können sich auf der DGB-Internetseite über die wichtigsten Aspekte der jeweiligen Beschäftigungsform informieren.

▸ **www.dgb.de**
→Arbeit
→Unsichere Beschäftigung

UNSERE TIPPS



Illustration: Lushpix

MEHR INFOS

- Broschüre **»Arbeitszeit, Pausen und Erholung gehören zusammen«,** Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz bei der Freien Hansestadt Hamburg: www. arbeitsschutz publikation.hamburg.de
- **»Die Power-Pause«,** von Hendrik Brandt, Verlag Lüchow, 138 Seiten, 15,40 Euro
- **»Gute Arbeit braucht Erholzeiten«,** Broschüre der IG Metall. Zu bestellen bei: Marina.Steinhardt@igmetall.de

Pausen helfen gegen Stress

Wer seinen Arbeitstag durch viele Pausen unterbricht, hat weniger Stress und bessere Ideen. Arbeitszeitgesetz und auch Gefährdungsanalyse bieten die Möglichkeit, selbst in Betrieben mit Schichtarbeit kurze Ruhepausen für alle Beschäftigten durchzusetzen.

Für Arbeitspsychologe Martin Braun ist klar: »Mit der Industrialisierung wurden Beschäftigte von den natürlichen Rhythmen ihres Organismus abgekoppelt und dem Takt der Maschine gleichgeschaltet. Daher sei es gerade bei anstrengender geistiger Arbeit unverzichtbar, nach 70 bis 80 Minuten kurze Entspannungspausen einzulegen.«

Dazu zählen auch kleine Abwechslungen wie das Kaffeekochen in der Teeküche. Braun: »Die besten Ideen kommen ohnehin selten am Schreibtisch.« Tatsächlich belegen viele Studien, dass viele kleine Pausen effektiver sind als wenige längere.

Sinnvoll ist auch, Arbeitspausen aktiv zu nutzen. »Mit angeleiteten Entspannungsübungen für Augen und Muskulatur lässt sich Stress am besten abbauen«, rät die Gesundheitsberaterin der IG Metall, Eva Zinke. Auch kleine Spaziergänge seien hilfreich oder ein Besuch im Büro nebenan: »Auf diese Weise können Kontakte aufgefrischt werden. Das dient auch dem Betriebsklima.«

Auch im gewerblichen Bereich, bei überwiegend körperlicher Belastung, empfehlen Arbeitsmediziner fünf Minuten Erholzeit je Stunde. Sie fördern die Gesundheit und helfen, Unfälle zu vermeiden. Ansonsten können bei extrem belastenden Arbeitsbedingungen zusätzliche Erholzeiten auch mit Hilfe der obligatorischen Gefährdungsbeurteilung festgelegt werden.

Häufig verbringen Beschäftigte ihre Pausen immer noch an den Arbeitsplätzen, umgeben von Staub und Lärm. Für Metallerin Zinke sind solche Pausen fragwürdig. »Richtig erholen kann man sich nur, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Und wenn man auch mal den Arbeitsplatz verlässt.« Daher dürften Pausenräume auf gar keinen Fall sogenannte »Rumpelkammern« sein.

Wie sie aussehen müssen, gibt die Arbeitsstättenverordnung vor: Pausenräume sollen in der Nähe des Arbeitsplatzes liegen und leicht zu erreichen sein. Sie sollten so hoch wie die Arbeitsräume sein und gut beleuchtet werden. Außerdem sollen Tische und Stühle mit Rückenlehnen drin stehen. Falls eine Kantine fehlt, sollten die Pausenräume auch über einen Kühlschrank, einen Herd oder eine Mikrowelle verfügen. Und für Eva Zinke ist ganz klar: »Rauchen ist natürlich verboten.« ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

SO GEHT ES BESSER

Vertrauensleute geschult – Era für alle gut gemacht

Beim Autozulieferer Wiederholt in Holzwickede gibt es eine systematische Vertrauensleute-Bildung. Davon haben alle was.

Die Einführung des Entgeltrahmentarifs (Era) ist bei Wiederholt in Holzwickede gut gelaufen: Die meisten Beschäftigten bekommen mehr Geld. Und: Es gab keine Unruhe, keine Gerüchte. Obwohl einige abgruppiert wurden – besonders bei den Hochqualifizierten – gab es keinen Unmut gegen die IG Metall. Im Gegenteil: Es gab sogar Eintritte. Auch bei den Angestellten. Faktisch sind hundert Prozent der Belegschaft in der IG Metall.

Ein wesentlicher Grund dieses Erfolgs: Immer waren Era-Kenner vor Ort, die persönliche Gespräche mit den Beschäftigten führten und Arbeitsbeschreibungen überprüften. Denn nicht nur Betriebsräte, sondern auch die Hälfte der 46 IG Metall-Vertrauensleute war auf Era-Schulungen. »Wir hatten 460 Arbeitsplätze zu beschreiben. Die können wir als Betriebsrat allein doch gar nicht alle kennen«, erklärt Betriebsratsvorsitzender Dieter Brüggemann. »Besser geht das mit Vertrauensleuten vor Ort.«

Nur vier Widersprüche gegen die neue Eingruppierung gab es – bei fast 800 Beschäftigten.

Diese Schulung der Vertrauensleute und Betriebsräte hat System: Jedes Jahr wird geplant, welcher Bedarf besteht und wer wann welche Seminare besucht. Bei Era hat die zuständige IG Metall-Verwaltungsstelle Unna von Anfang an die Schulungen breit organisiert: Betriebsräte und Vertrauensleute, die zuvor auf Seminaren im Bildungszentrum Sprockhövel intensives Wissen erworben haben, geben dieses auf örtlichen Schulungen an die anderen weiter. »So können wir auf Erfahrungen aus allen Betrieben aufbauen«, sagt der IG Metall-Bevollmächtigte Ralf Wehmeier. »Wir machen das seit Jahren – ganz gezielt auch mit Vertrauensleuten.«

Auch anderswo ist Era mit geschulten Vertrauensleuten gut gelaufen: etwa bei Schunk in Heuchelheim, Linde Gabelstapler in Aschaffenburg oder Raytheon in Kiel.

Und: Auch bei der Sicherung von Arbeit und Tarifen setzen sich Beschäftigte mit kompetenten Vertrauensleuten einfach besser durch. ■

Dirk.Erb@igmetall.de



Foto: Werner Bachmeier

Betriebsräte und Vertrauensleute im Bildungszentrum Sprockhövel.

AUF DEM PRÜFSTAND



Foto: Jan Öztürk-Lettau

Autofahren belastet die Umwelt mit Kohlendioxid.

Biosprit – schlecht für Geldbörse und Umwelt?

Die Pläne, dem Benzin mehr Biosprit beizumischen, zwingt Fahrer mancher Altautos, auf teureres Super plus umzusteigen.

Damit Autos weniger klimaschädliches Kohlendioxid (CO_2) ausstoßen, wird dem Benzin peu à peu mehr Biokraftstoff (Ethanol) beigemischt. Das plant die Bundesregierung. Zurzeit liegt der Anteil bei etwa fünf Prozent. Künftig sollen es zehn sein.

Für manche Fahrer alter Autos hätte das finanzielle Folgen. Bei Fahrzeugen mit Benzin-Direkteinspritzung der ersten Generation können Schäden am Motor entstehen, wenn sie mit mehr Biosprit betankt werden. Darum müssten die Fahrer auf das teurere Super plus umsteigen, bei dem der Bioanteil nicht erhöht werden soll. Wieviele Autobesitzer dann tiefer in die Tasche greifen müssten, ist umstritten. 375 000, behauptet der Verband der Automobilindustrie, »mehrere Millionen«, der ADAC. Um das zu klären, wurden die Pläne vorerst auf Eis gelegt.

Umweltexperten zweifeln am ökologischen Nutzen des Biosprits. Ethanol wird aus Raps, Zuckerrüben oder Getreide gewonnen. Ihr Anbau kostet Energie und verursacht so selbst CO_2. Außerdem werden Riesenmengen neuer Anbauflächen benötigt. Die Umwandlung von Wäldern für Getreideanbau erhöht auch die CO_2-Belastung. Alternative: Verbrauch senken – durch bessere Fahrzeug- und Antriebstechnik. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

MITMACHEN **WIR SUCHEN PRODUKTE FÜR DEN PRÜFSTAND**

Ihr kennt ein Werkzeug oder ein Material, dass es besser nicht an eurem Arbeitsplatz geben sollte? Ihr habt gute Erfahrungen mit Produkten des Arbeitsschutzes gemacht? Ihr wollt wissen, was die besten Ohrstöpsel oder Sicherheitsschuhe sind? Schreibt uns. Wir stellen Produkte auf den Prüfstand.
Per E-Mail an: **metallzeitung@igmetall.de**

ÖKONOMIE MAL ANDERS

Wer profitierte vom Aufschwung?

Der aktuelle Aufschwung hat eine neue Qualität, analysiert Konjunkturforscher Rudolf Zwiener. Im Gegensatz zu früheren Aufschwungphasen sind die Einkommen privater Haushalte kaum gestiegen. Insbesondere an den Arbeitnehmern ist der aktuelle Aufschwung völlig vorbeigegangen. Umso stärker haben dafür aber die Aktionäre profitiert.

Der aktuelle Wirtschaftsaufschwung, der etwa im vierten Quartal 2004 einsetzte, hat eine überraschende Parallelität mit der Boomphase zwischen 1997 und 1999. Beide zeigen eine ähnliche Entwicklung und exakt die gleiche Stärke beim preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt nach elf Quartalen. Anders sieht es aus, wenn man die Strukturen der beiden Aufschwungphasen vergleicht: Insbesondere wird klar, dass die aktuelle Aufschwungphase stark außenwirtschaftlich geprägt ist. Die Dynamik rührt fast ausschließlich vom Export, während die reale Inlandsnachfrage kaum zugenommen hat. Im vorigen Aufschwung war die Exportdynamik zwar auch sehr stark. Aber die Binnenkonjunktur war deutlich kräftiger als derzeit. Der Grund dafür liegt vor allem in der Einkommensentwicklung. Das preisbereinigte verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stagnierte in diesem Aufschwung. Damit hat der Begriff »Konjunkturaufschwung« eine neue Qualität: Wachstum ohne Einkommenszuwachs.

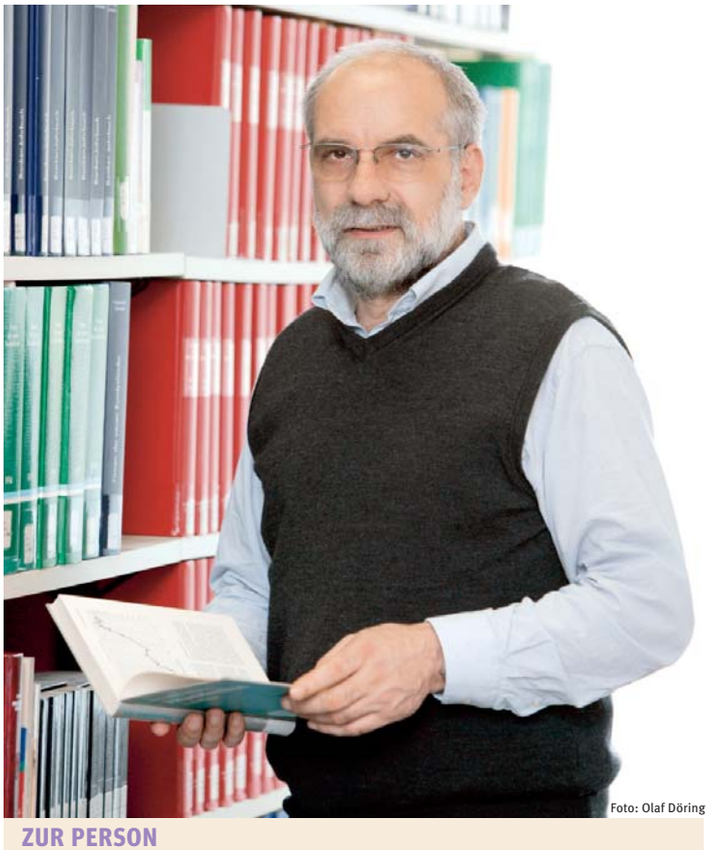


Foto: Olaf Döring

Während die Nettolöhne vieler Beschäftigter nach Abzug der Preissteigerung zurückgegangen sind, verlief die Entwicklung der realen verteilten Gewinne und Vermögenseinkommen außerordentlich gut. Als direkte Folge der geringen Lohnsteigerungen sind die Gewinne der Unternehmen geradezu explodiert. Sie stiegen in den elf Quartalen um 25 Prozent.

Dass die Löhne unter Druck geraten sind, liegt ganz wesentlich auch an den Arbeitsmarktreformen. Diese haben unter der rot-grünen Bundesregierung mit der Agenda 2010 und den sie begleitenden Hartz-Reformen ihren Höhepunkt erreicht. Durch die Deregulierungsgesetze wollte der Gesetzgeber bewusst atypische Beschäftigungsformen fördern.

Die zugrunde liegende Hoffnung war, dass hier bislang ungenutzte Beschäftigungschancen liegen würden. Hauptursachen für die Arbeitslosigkeit wurden in dem zu kleinen Niedriglohnsektor und in der zu geringen Flexibilität am Arbeitsmarkt gesehen. In der Folge haben sich dann atypische Beschäftigungsformen wie Minijobs, Midijobs, Zeitarbeit und auch Ein-Euro-Jobs sehr stark ausgedehnt.

Auch der Anteil der Teilzeitarbeit hat zugenommen, befristete Arbeitsverträge ebenfalls. Ihr Anteil lag 2006 bereits bei 14, 5 Prozent. Darüber hinaus trugen die weitreichende Kombilohnregelung durch Mini- und Midijobs sowie die Aufstockungsmöglichkeiten von ALG II-Empfängern seit 2005 dazu bei, die regulären Löhne unter Druck zu setzen. Da in Deutschland keine Lohnuntergrenze in Form von Mindestlöhnen existiert, haben die Betriebe faktisch uneingeschränkte Möglichkeiten, die Löhne auf Kosten der Steuerzahler nach unten zu drücken. Trotz dieser arbeitsmarktpolitischen »Reformen« ist die Beschäftigung in diesem Aufschwung auch nur so schwach wie im vorherigen gestiegen.

Parallel haben Finanzpolitik und Mehrwertsteuererhöhung das Wachstum beeinträchtigt. Die Kombination von schwächerer Lohnentwicklung, Mehrwertsteuererhöhung und geringen Transfers, wie etwa Nullrunden bei der Rente, haben einen Wachstumsverlust von 1,5 Prozent erzeugt.

Zwar wurden die Staatsfinanzen konsolidiert, aber die Lasten sind ungleich verteilt: Während die Aktionäre profitierten, erlitten die Beschäftigten und Erwerbslosen Verluste. Trotz eines dreijährigen Konjunkturaufschwungs ist die reale Einkommenssituation vieler Menschen heute schlechter als zuvor. Und aufgrund der Reformen des Sozialsystems müssen sie heute auch mehr privat für das Alter und andere Lebensrisiken vorsorgen.

Wer hat also vom Aufschwung profitiert? Nicht die Masse der Arbeitnehmer, nicht die Transfereinkommensbezieher. Wohl aber jene, die einen Job gefunden haben und diejenigen, die gut verdienen – und, vor allem die Aktionäre. ■

Den ausführlichen IMK-Report zum Thema »Wer profitiert vom Aufschwung« gibt es unter:
▸ **www.boeckler.de** → IMK

ZUR PERSON

Rudolf Zwiener (53) arbeitet seit dem Jahr 2005 am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung. Dort leitet er das Referat »Wirtschaftspolitische Beratung, Modellsimulation«. Zuvor war der Ökonom 25 Jahre lang wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Dort erstellte Rudolf Zwiener Kurzfristanalysen zur Geld-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik. Aktuelle wirtschaftspolitische Themen standen dabei im Mittelpunkt.

VON A BIS Z: DAS STICHWORT

Das Volkswagen-Gesetz

Das VW-Gesetz wird derzeit heiß diskutiert. Es begrenzt die Macht der Großaktionäre und gibt den Arbeitnehmern Mitbestimmung gegen Verlagerung. Der Europäische Gerichtshof hat das Gesetz teilweise gekippt. Die IG Metall will die erweiterte Mitbestimmung erhalten.

Das VW-Gesetz macht Volkswagen zu einem besonderen Unternehmen. Hier können Kapital und Management nicht einfach über die Köpfe der Menschen hinweg diktieren. Kein Aktionär kann mehr als 20 Prozent Stimmanteile im Aufsichtsrat haben. Zudem reichen 20 Prozent der Stimmen, um Aufsichtsratsbeschlüsse zu verhindern.

Damit hat beispielsweise das Land Niedersachsen mit seinen 20,2 Prozent VW-Anteilen eine sogenannte Sperrminorität. Und schließlich müssen bei Standortentscheidungen zwei Drittel des Aufsichtsrats zustimmen. Die Arbeitnehmer, die die Hälfte der Aufsichtsratssitze haben, können damit Verlagerungen blockieren. Deswegen wollen Unternehmer das Gesetz abschaffen – insbesondere Porsche-Chef Wiedeking, der dabei ist, VW zu übernehmen. Sie berufen sich auf den Europäischen Gerichtshof (EuGH), der das Gesetz beanstandet hat.

Die IG Metall fordert hingegen eine Neuauflage des Gesetzes, in dem die erweiterte Mitbestimmung erhalten bleibt. Die hat der EuGH nämlich gar nicht gerügt, sondern nur die 20-Prozent-Regelungen und den Staatseinfluss.

Die IG Metall betont: VW ist kein »normales« Unternehmen. Volkswagen wurde 1937 von den Nazis gegründet – mit geraubtem Gewerkschaftsgeld. Die Nazis hatten die Gewerkschaften 1933 zerschlagen und enteignet. Erst 1961 wurde das damals hoch profitable öffentliche Unternehmen in eine private Aktiengesellschaft umgewandelt. Die Idee: Das VW-Gesetz sollte das öffentliche Interesse weiter sichern.

Die IG Metall hat Unterstützung aus der Politik bekommen. Das Bundesjustizministerium plant ein neues Gesetz, das dem EuGH entspricht. Mit Zwei-Drittel-Mehrheit und damit Mitbestimmung bei Entscheidungen über Standorte. Die Unternehmerverbände protestieren. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Volkswagen – Unternehmensmodell der Zukunft

Die IG Metall will ein erneuertes VW-Gesetz, in dem die Mitbestimmung bei Standortentscheidungen erhalten bleibt. Der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber verteidigt die Regelung in der Öffentlichkeit vehement. Er sieht darin sogar das Unternehmensmodell für eine sozialere Zukunft: »Ich würde mir wünschen, dass wir Regelungen, wie sie das VW-Gesetz vorsieht, auch in anderen Unternehmen hätten. Dann wären weder Nokia in Bochum, noch AEG in Nürnberg dem rein profitorientierten Kapitalismus zum Opfer gefallen.«

▸ **www.igmetall/metallzeitung.de**

DIE ZAHL

1,37

Fragwürdige Exporte

Deutsche Firmen haben im Jahr 2006 Kriegswaffen im Wert von 1,37 Milliarden Euro exportiert, wie der aktuelle Rüstungsexportbericht der Bundesregierung belegt. Seit 1996 wurden nur in zwei Jahren mehr Kriegsgeräte exportiert. Tatsächlich dürfte die Menge des exportierten Kriegsgerätes aber weitaus höher liegen. Denn die Bundesregierung hat Kriegswaffen und Rüstungsgüter wie Ausrüstungen und Elektronik im Wert von 7,7 Milliarden Euro genehmigt.

Die katholisch-evangelische »Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung« schätzt, dass »über 20 Prozent der Rüstungsexporte in Entwicklungsländer gehen«.

Solche Waffenlieferungen seien »inakzeptabel«, zumal viele Lieferländer in Krisengebieten lägen und der EU-Verhaltenskodex solche Waffenlieferungen ausschließe.

Für den Vorsitzenden der »Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung«, Prälat Karl Jüsten, ist damit ganz klar, dass die Bundesregierung leider einen »für Expansion offenen Kurs« verfolgt.



DAS LETZTE


Noch zweitausend Jahre - und man wird es Leiharbeit nennen !
SPQR
BUMM
BUMM
BUMM
POLO